

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu begleiten durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergeschossige Penthelle oder deren Raum 30 Pf.
Vergnügungsangebote und Arbeitervermittlungen 30 Pf.
Versammlungsangeboten 15 Pf.

Das Wahlrecht heraus!

Der Kampf um das freie Wahlrecht in Preußen ist in den letzten Tagen mit erneuter Kraft aufgenommen worden. Noch glaubten die Regierung und die Mehrheit des Dreiklassenhauses auf ihre Macht pochen zu können, noch verschließen sie ihr Ohr dem stürmischen Verlangen des Volkes, welches sich reif fühlt, die Lenkung seiner Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, aber lauter und dringender wird der Ruf: Heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht! Und vor diesem Ruf werden die Privilegien des Geldsackes fallen. Hat die mächtig angefahnte Wahlrechtsbewegung es vermocht, den König von Preußen zu der Erklärung zu bewegen, daß die Reform des Wahlrechts die wichtigste und dringendste Aufgabe der Gegenwart ist, so wird sie auch imstande sein, den Rücken des elendesten aller Wahlsysteme, den Junkern und Pfaffen, den Herren mit dem großen Geldsack, das nötige Verständnis für diese wichtigste Forderung der Gegenwart beizubringen.

Als treue Diener ihres Herrn hätten die Mitglieder der Regierung die Pflicht gehabt, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen, als ihnen die jämmerliche Misgeburt, die sie als Einlösung des königlichen Versprechens gehalten hatten, zerzaust und zerstört vor die Füße geworfen wurde. In Preußen gibt es aber Eliqueen, die mächtiger sind, als der Träger der Krone; und der Mann der gottgewollten Abhängigkeit, der an der Spitze der Regierung steht, weiß, daß er Order zu parieren hat, wenn ihm die einflussreichen Junker ihren Willen kundgeben. Und das Junktum, das in Preußen herrscht, will nicht, daß über das Wahlrecht gesprochen werde. Die Herren möchten nicht daran erinnert sein, daß es ein schreiendes Unrecht ist, dem sie ihre Macht verdanken. Sie haben das Kreuz in Händen und wissen sich damit zu segnen. Die Gesegebung, die sie dirigieren, ist ihnen ein Mittel der Verreicherung auf Kosten des Volkes, welches sie möglichst in Dummheit und Knechtschaft erhalten wollen. Der Gedanke, daß es anders werden könnte in Preußen verursacht ihnen physisches Missbehagen und deshalb war ihnen kein Mittel zu schlecht, um die Beratung des Wahlrechtsantrages im Dreiklassenhaus zu verhindern.

Der Junter v. Kröcher, der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, ist der würdige Vertreter seiner Kaste. Er hat den Verger darüber, daß die Sozialdemokraten, welche er nur als Objekte der Gesetzgebung betrachtet wissen wollte, den Weg in das preußische Landesparlament gefunden haben, noch nicht überwunden. Von der in seinen Händen befindlichen Präsidialmacht hat er sehr oft einen wenig edelmännischen Gebrauch gemacht. Und wenn er schließlich über seine offen zur Schau getragene Junkturbrutalität gestolpert ist, und selbst ein sieht, daß er sich als Präsident unmöglich gemacht hat, dann hat ihn nur ein gerechtes Geschick ereilt. Als der Wahlrechtsantrag zum 27. Juni auf die Tagesordnung gestellt wurde, da war dieser Beschluß der widerharten Mehrheit des Landtages und ihrem würdigen Präsidenten geradezu abgelistet und abgetrotzt worden. Und dann kam die Würdelose Komödie, die, als sie bekannt wurde, überall im Volk einen Sturm der Entrüstung auslöste. Mit den heiligsten Rechten des Volkes hat die preußische Kultur einer Volksvertretung in einer Weise Schindluder getrieben, daß es nur zu begreiflich ist, wenn sich in immer weiteren Kreisen der Gedanke festsetzt: Man muß sich schämen ein Preuse zu sein!

Die Regierungsvertreter, die eben noch im Saale anwesend waren, hielten es nicht für angemessen, bei der Beratung des Wahlrechtsantrages zugegen zu sein, sie beilten sich zu verschwinden. Der Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes mit geheimer Stimmabgabe und auf Neueinteilung der Wahlkreise wurde von dem alten Volksparteier Träger begründet und von dem Sozialdemokraten Hoffmann unterstützt, dann rückte der Steiger der Wahlrechtsgegner an und dann wurde die Beratung in der im Dreiklassenhaus üblichen gewaltigen Weise geschlossen. Nun kam die Abstimmung. Die Nationalliberalen sind Gegner des gleichen Wahlrechtes und um dieser Gegnerschaft Ausdruck zu geben, beantragten sie das Wort „gleiches“ in dem Antrage zu streichen. Bei dieser Abstimmung nun vollführten die Konseriativen einen Schachzug, auf dessen Schlösse sie sehr stolz waren, dessen Folgen ihnen aber noch sehr unangenehm auftauchen werden. Sie hatten sich entsprechend ihrer bekannten Stellung auch bei dieser Debatte gegen den Antrag in allen seinen Teilen aus-

gesprochen; bei der Abstimmung aber erhoben sie sich für das gleiche Wahlrecht, und erreichten damit, daß der nationalliberale Streichungsantrag abgelehnt wurde. Als dann über den unveränderten Antrag im ganzen abgestimmt wurde, stimmten Nationalliberale und Konseriativen dagegen und damit war der Wahlrechtsantrag abgelehnt. Der Antrag auf die Neueinteilung der Wahlkreise wurde alsdann von den Konseriativen im Verein mit dem Zentrum niedergelegt.

Durch dieses Spiel mit verteilten Müssen ist also erreicht worden, daß der Wahlrechtsantrag in allen Teilen abgelehnt wurde. Aber die Sieger in diesem Intrigenspiel sollen ihres Erfolges nicht froh werden. Schon der folgende Tag brachte ihnen eine schwere Plage, als der Landtag geschlossen wurde, ohne daß es dem Präsidenten trog der versuchten Vergewaltigung der Geschäftsordnung möglich gewesen wäre, eine ordnungsmäßige Sitzung zustande zu bringen, in welcher durch Änderung der Geschäftsordnung die Mündlichkeit der Sozialdemokraten beschlossen werden sollte. Die Sitzungen vom 27. und 28. Juni haben das preußische Dreiklassenparlament um den leichten Rest seines Ansehens gebracht.

Diese Dingburg der Reaktion muß fallen, das freie Wahlrecht muß auch in Preußen eingeführt werden! Das ist die Lösung, die jetzt durch das Land hat. In Tausenden von Versammlungen demonstriert in diesen Tagen das preußische Volk für die Verfehlung der Dreiklassenhande. Und es wird nicht bei diesem Protest in Volksversammlungen bleiben, wir haben stärkere Mittel die Sinne derer zu schärfen, die da glauben, sich dem Volkswillen verschließen zu können. Vor wenigen Wochen ist der Bevölkerung von Elsaß-Vothingen das Reichstagwahlrecht zugestanden worden und Bethmann Hollweg war für die Durchsetzung der Elsaß-Lothringischen Verfassung auf die Hilfe der Sozialdemokraten im Reichstag angewiesen. Das ist ein gutes Omen für den Erfolg des preußischen Wahlrechtsantrages. Wie kann man den Preußen länger ein Recht vorenthalten, das man den Elsaß-Lothringern eingeräumt hat?

Die Entscheidung über das preußische Wahlrecht wird bei den nächsten Reichstagswahlen fallen. Daß diese Wahlen mit dem schwarz-blauen Block der Volksfeinde gründlich aufräumen werden, unterliegt keinem Zweifel, wenn auch die Regierung in Vorahnung der kommenden Dinge den Wahltermin so weit wie irgend möglich hinausschiebt. Die Eröberung des freien Wahlrechtes für Preußen ist keine preußische Frage, das ganze deutsche Volk ist daran interessiert, daß der dominierende Einfluß des ostelbischen Junktums gebrochen werde. Die übermütigen Junker wollen das ganze Deutsche Reich zu ihrer Domäne machen und ihr Einfluß reicht schon weit über die Grenzen Preußens hinaus. Im preußischen Landtag aber liegt die Wurzel ihrer Kraft. Wird hier ihre Macht gebrochen, dann muß den Mittern auch das Bündnis mit den Heiligen nicht mehr, dann ist der Weg für den Fortschritt in Deutschland frei!

Die Reichstagwahlen werden die Entscheidung bringen. Wird die reaktionäre Mehrheit gebrochen, dann hat auch dem preußischen Dreiklassenwahlrecht die lezte Stunde geschlagen. Die Reaktionäre wissen, was auf dem Spiele steht. Jedes Mittel ist ihnen recht, das eine Verbesserung ihrer Chancen für die Wahl verspricht. Daher der Jubel, mit welchem die Einmischung Deutschlands in die Spannungen Marokko begrüßt wird. Mit der Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir spielt die deutsche Diplomatie ein gefährliches Spiel. Es hat den Anschein, als habe man in den nachgebenden Kreisen das dringende Bedürfnis Frankreich zu brüskieren und einen Weltkrieg anzuzetteln, zum Nutzen einiger Kapitalisten, deren Interessen dem deutschen Volke sehr gleichgültig sind. Die Panzerplatten-patrioten schwimmen freilich ob der ihrem Profit winlenden Aussichten in Wonie; was verschlägt ihnen das Elend der Nation, wenn sich die Aussicht bietet, glänzende Gewinne einzuholen. Hoffentlich verzichten sich die drohenden Gewitterwolken wieder; das zu wünschen läge auch im Interesse unserer Gewaltshaber. Die Völker sind keine Hammelherden, die sich zur höheren Ehre des Kapitals mit Vergeisterung abschlachten lassen. Die Arbeiter zu beiden Seiten der Grenze wollen keinen Krieg und sie werden alles daran setzen, die frivolen Kriegsheer in ihre Schranken zu verweisen.

Der Gedanke liegt übrigens nicht gar zu fern, daß der neueste Marokkorummel hauptsächlich zu dem Zwecke inszeniert wurde, um die rechte Stimme für die Wahlen zu erzeugen. Wer auch die Hoffnung, daß es möglich wäre, eine Neuauflage der Hottentottenwahlen zu veran-

stalten, wird sich als irrtig erwiesen. Das deutsche Volk hat die Folgen des Mauschels, in welchem es die letzten Reichstagswahlen vollzog, so gründlich zu spüren bekommen, daß es diesmal den Kopf klar halten wird. Und es sieht wahrhaft Großes auf dem Spiel. Es gilt die Reaktion zu werken, die Reaktion im Reiche und in Preußen. Das Wahlrecht in Preußen muß erobert werden. Die feindselichen Parteien haben mit der Wahlrechtsstromöde, die sie aufführten, eine Brandfackel ins Land geworfen. Das Feuer, das sie entzündet haben, wird so bald nicht verlöschen. Die deutsche Arbeiterschaft hat den Kampf aufgenommen und wird ihn erfolgreich durchführen. Es gibt keine Ruhe in Preußen, bis das freie Wahlrecht erobert ist!

Die Reform der Arbeiterversicherung.

wk. Die Reichsversicherungsordnung, die der Reichstag am Schlusse seines letzten Tagungabschnittes noch rasch im Eilzugtempo unter Nach gebracht hat, wird fast in der gesamten bürgerlichen, besonders aber in der Unternehmenspresse als eine sozialpolitische Großtat gepriesen. Den Arbeitern wird hier wieder einmal gezeigt, wie wunderbar das Reich für sie sorgt und wie wenig Unrat für sie vorliegt, bei den nahenden Reichstagswahlen solchen Vertretern ihre Stimme zu geben, die sich die besondere Aufgabe stellen, die Interessen der Arbeiterschaft mit allen Kräften zu vertreten. Die Mehrheitsparteien des Reichstages und ihre Presse haben allen Grund, sich bei den breiten Wählermassen in Empfehlung zu bringen, denn was sie in der zur Meige gehenden fünfjährigen Gesetzgebungsperiode des Reichstags dem Volke beschert haben, hat keine Hebung ihres Ansehens bewirkt. Man braucht nur an die gewaltige neue Last zu erinnern, die den Minderbemittelten durch die Reichsfinanzreform aufgebürdet wurde. Ob aber die Reichsversicherungsordnung gerade geeignet ist, das tief gefunkerte Renommee der bürgerlichen Parteien wieder zu heben, ist doch sehr fraglich.

Solange das neue große Versicherungsgesetz noch nicht in Kraft ist, mag es noch leichter sein, unaufgellarte Arbeiter über seinen wahren Charakter hinwegzutäuschen. Wenn aber erst einmal die einzelnen Bestimmungen ihre praktischen Wirkungen zeigen, dann wird sich rasch herausstellen, was es mit der sozialpolitischen Bedeutung dieses „großen Werkes“ auf sich hat.

Die einzelnen Teile des Gesetzes treten an verschiedenen Zeitpunkten in Kraft, zuerst und zwar am 1. Januar 1912, die neuen Bestimmungen über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Tage, mit denen die übrigen Vorschriften in Kraft treten, werden durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt. Mit der Vorbereitung der Durchführung wird zwar sofort begonnen, aber es werden noch Jahre darüber vergehen, bis die Organisationsänderungen vollendet sind. Da nun die nächsten Reichstagwahlen Mitte Januar 1912 stattfinden werden, so empfiehlt es sich, die Bedeutung und Tragweite der wichtigsten Einzelheiten des neuen Gesetzes rechtzeitig hier des näheren darzulegen, damit unsere Kollegen nicht nur über ihre künftigen Rechte und Pflichten unterrichtet sind, sondern aus den Erfahrungen der parlamentarischen Kämpfe auch ihre Anwendungsmöglichkeiten mit dem Stimmzettel in der Hand ziehen.

Vorankündigt hat gerade diejenige Partei, in der man die politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft zu erblicken hat, die Sozialdemokratie, zum Schlus gegen das ganze Gesetz gestimmt. Ihre Gegner legen ihr das harschwilligerweise vielfach so aus, als ob ihr an der Verbesserung der Lage der Arbeiter nichts gelegen sei, als ob sie aus Prinzipienreiterei zu allen neuen Gesetzen „Nein“ sage, ja als ob sie sogar den Wunsch hege, den Arbeitern möchte es nicht besser, sondern schlechter gehen, daran sie, von der Rot gedrängt, zum Anschluß an die Sozialdemokratie gelangten. Wären diese Vorwürfe zutreffend, so würde es der Sozialdemokratie niemehr gelingen sein, ein so gewaltiges Millionenheer von Arbeitern um sich zu scharen. In so großer Zahl und mit so fester Entschlossenheit, wie in Deutschland, steht in seinem Lande der Welt die Arbeiterschaft hinter ihren Vertretern im Parlament. Das hat seinen Grund darin, daß in der fast halbhundertjährigen Parlamentsgeschichte, auf die die deutsche Arbeiterschaft jetzt zurückblickt, sich die absolute Zuberfülligkeit der politischen Arbeitervertreter im Kampf für die Interessen und Vorteile der Arbeiterklasse stets bewährt hat. Wenn nun diese Vertreter, die obenrein bei der langwierigen Einzelberatung der ganzen Reichsversicherungsordnung in rohloser Arbeit sich bemüht haben, Verbesserungen im großen und im kleinen durchzusetzen, zum

Schluss diesem für die Arbeiter geschaffenen Gesetze ihre Zustimmung nicht geben konnten, so müssen dafür die schwersten Gründe vorliegen.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterversicherung ist verknüpft mit der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der erste Anlauf auf dem Gebiet der allgemeinen Arbeiterversicherung wurde mit dem Unfallversicherungsgesetz unternommen. Der Entwurf dazu wurde im Jahre 1881 im Reichstag eingereicht. Die Regierung knüpfte unmittelbar an das im Jahre 1878 geschaffene Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie an. Bismarck wollte „die beständigen Erfahrungen“, die ihm zu diesem Gesetz geführt hatten, das heißt, das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung, „durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen bekämpfen“. Er musste aber zu seinem Erstaunen erleben, daß gerade die Sozialdemokraten die eifrigsten Förderer des Grundgedankens des Unfallversicherungsgesetzes wurden. Die Sozialdemokraten verlangten, daß den Verunglückten eine Rente bewilligt würde, die dazu angemessen sei, sie auch zu befriedigen. Hier hörte es aber gleich. Mit sehr dringlichen Unterstüpfungsabsätzen und hohen Beitragsteilungen der Arbeiter kam das Gesetz im Reichstag zustande, im Bundesrat scheiterte es, weil eine Entschädigung der privaten Unfallversicherungsgesellschaften verlangt wurde. Darauf erschien am 17. November 1881 eine Kaiserliche Botschaft, wonin eine Reihe neuer indirekter Steuern und das Zahlinopol gefordert wurde, und als Vorwand für diese Forderungen brauchte Bismarck die Arbeiterversicherung. Es dauerte noch fast zwei Jahre, da kam das Krankenversicherungsgesetz zustande. Für das Krankengeld wurde ein Maßstab aufgestellt, der eine ausreichende Pflege des erkrankten Arbeiters nicht zuläßt, den Arbeitern wurde zwei Drittel der Beiträge aufgebürdet, die Selbstverwaltungsrechte der Versicherten aber wurden möglichst beschränkt. Ein zweiter Versuch zur Schaffung eines Unfallversicherungsgesetzes, der sich nun anschloß, gelang. Der Kreis der Versicherten wurde sehr eng gezogen, der größte Teil der Handwerksgefäßen von der Versicherung ausgeschlossen, die Unfallrente unerhört niedrig bemessen, von der Verwaltung wurden die Versicherten so gut wie ganz ausgeschlossen.

Als „Krönung des sozialen Gebäudes“ folgte wenige Jahre später die Invaliden- und Altersversicherung, die den Kreis der Versicherten wieder anders sah als die beiden anderen Gesetze. Die Grenze für den Bezug der Altersrente wurde mit 70 Jahren zu hoch angelegt, die Invalidenrente erst dann gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit weniger als ein Drittel beträgt, der Reichszuschuß zu niedrig bemessen usw.

Zu allen drei Gesetzen waren von den Sozialdemokraten im Reichstag zahlreiche grundlegende Abänderungsanträge gestellt worden, die aber fast sämtlich abgelehnt wurden. Die Folge war, daß die Arbeitervertreter gegen alle drei Gesetze stimmten. Trotzdem stand der Reichsanzler Fürst Bismarck offen ein, daß ohne die Sozialdemokratie die Versicherungsgesetze nicht bestehen würden. Die Furcht vor dem Anwachsen der Sozialdemokratie hatte die Schaffung der Gesetze veranlaßt. Die weiter anwachsende Sozialdemokratie aber brachte nun nach Verbesserung der Gesetze. So wurden im Laufe der Jahre eine große Zahl von Abänderungen beschlossen, die, soweit es sich um wirkliche Verbesserungen handelte, natürlich die Zustimmung der Sozialdemokratie fanden.

Aber die Dreiteilung der Arbeiterversicherung hatte schon von Anfang an, abgesehen von der unzulänglichen Ausgestaltung, eine große Kompliziertheit zur Folge, die mit jeder neuen Abänderung größer wurde und dahin führte, daß nur verhältnismäßig wenige Spezialisten noch das ganze Gebiet der verwickelten Gesetzesbestimmungen zu übersehen vermochten. Für den einfachen Arbeiter war die genaue Orientierung in den engen Maschen der Versicherungsgesetzgebung von Anfang an unmöglich gewesen. Es wurde daher bald die Forderung der Verschmelzung und Vereinfachung der Arbeiterversicherung erhoben. Ein

Antrag in diesem Sinne stand schon im Jahre 1895 die Zustimmung des sozialdemokratischen Parteitages in Dresden. Alle drei Versicherungen dienen dem Schutz des Arbeiters im Falle der Erwerbsunfähigkeit. Wozu dann eine so verschiedene Organisation der Versicherungsanstaltungen? Wozu eine dreifache Verwaltung? Warum mußte der schwerverletzte Arbeiter die ersten 18 Wochen Krankengeld und erst von da ab Unfallrente beziehen? Neben einer Vereinfachung und größeren Übersichtlichkeit mußte die Verschmelzung auch mit einer erheblichen Ersparnis an Verwaltungskosten verbunden sein. Obgleich aber all diese Vorteile nicht zu leugnen sind, wollte die Reichsregierung lange Jahre von den Vorschlägen nichts wissen. Schließlich wurde doch in „Erwägungen“ eingetreten, die „Vorarbeiten“ seien ein und zeitigten endlich den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung mit seinen 1764 Paragraphen. Damit sollte nun die gewünschte Verschmelzung und Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung zur Wahrheit werden. Bei näherem Rückschen ergab sich aber eine bittere Enttäuschung. Die drei Versicherungs Zweige waren nicht organisch miteinander vereinigt, sondern die ganze Verschmelzung war nur die Arbeit eines Buchbinders, der die drei Gesetzentwürfe äußerlich aneinander gehetzt hatte. Die wunderlichen Widersprüche, die zwischen den einzelnen Brüchen der Arbeiterversicherung lagen, wurden nicht ausgeglichen, an der Verschmelzung so gut wie nichts geändert. Am ersten Stadium ihrer Arbeit hatten die Regierungsveteranen von der vollen Verschmelzung der drei Versicherungszweige geträumt, dann schmolz der große Gedanke zusammen bis auf den gemeinsamen Unterbau, zum Schluss aber war keine Spur mehr von der Vereinheitlichung zu entdecken. Alles was übrig blieb, ist die Zusammensetzung der für alle drei Versicherungen gleichlautenden Vorschriften im ersten Abschnitt. Da heißt es, daß die Träger der Versicherung rechtsfähig sind, daß jeder Versicherungsträger einen Vorstand hat, daß die Sitzungen nicht öffentlich sind, wer in den Vorstand gewählt werden kann usw. Alles Bestimmungen, die auch bisher schon galten. Die eine wesentliche Neuerung, die der Entwurf für alle drei Versicherungszweige gemeinschaftlich vorschlug, wurde von der schwarz-blauen Reichstagssmehrheit, der sich die Nationalsozialisten noch anschlossen, bei der Veratung wieder ausgesetzt. Das waren die Versicherungsämter, die einheitlich die unterste Instanz für die ganze Arbeiterversicherung bilden sollten. War vor ihrer Zuständigkeit von vornherein wesentlich eingeschränkt, aber trotzdem gling der Regierungsvorschlag den Kraut- und Schlotjunkern schon zu weit. Sie fürchteten, daß Beamte, die sich nur auf dem Gebiet der Sozialpolitik betätigten, zu arbeiterfreundlich werden könnten, und darum bestreiteten sie diese selbständigen Versicherungsämter. Warum ist der Name stehen geblieben, Versicherungsamtman aber wird der Landrat und der Kreishauptmann, in den Städten der in den größten Gebieten des Reichs aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgehende Magistrat. Solweit sie als untere Verwaltungsbehörde in Fragen der Arbeiterversicherung in Funktion treten, bilden sie das Versicherungsamt. Nur Hamburg macht eine Ausnahme. Dort kann ein selbständiges Versicherungsamt errichtet werden, da Hamburg in der Kultur so weit zurück ist, noch keinen Landrat zu haben.

Unfallhäufigkeit und Unfallverhütung in der Holzindustrie. (Schuh)

t. Ein sehr wichtiges Kapitel bilden die Schuhvorrichtungen an Maschinen und ihre umfassende Anwendung. Nur zeigt sich hier, daß die Maschinenfabrikanten aus Konkurrenzgründen zur Anbringung von Schuhvorrichtungen an den von ihnen gelieferten Maschinen nur schwer zu bewegen sind. Diese Haltung beeinträchtigt die Unfallverhütung in weitgehendem Maße. Es kommt hierbei nicht nur darauf an, daß gute und brauchbare Schuhvorrichtungen existieren und zur Verfügung des Arbeiters stehen, sondern auch, ob

diese Vorrichtungen mit den Maschinen in zweckmäßiger Weise organisch verbunden sind. Das wird überall da der Fall sein, wo bereits bei der Konstruktion der Maschinen auf die anzubringenden Schuhvorrichtungen Bedacht genommen wurde, während in der Regel die nachträglich angebrachte Schuhvorrichtung einen Fremdkörper an der Maschine darstellt, dessen Unschönheit und Unzweckmäßigkeit nur zu leicht zu seiner Nichtanwendung führt. Es ist daher in vollem Maße zu billigen, wenn gegen Maschinenfabrikanten, welche durch Nichtanbringung der gebräuchlichen Schuhvorrichtungen an den von ihnen gelieferten Maschinen Unfälle verschuldet, vorgegangen wird und sie für den entstandenen Schaden haftbar gemacht werden. Ein derzeitiges Vorgehen ermöglicht sich nicht nur für die Verusgenossenschaft, die damit zum Erfolg ihrer Aufwendungen gelangt, sondern auch für den berüchtigten Arbeiter. In Betracht kommt für solche Forderungen der § 828 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, worin es heißt:

„Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrichtlich verletzt, ist dem anderen zum Erfaße des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.“ Zu diesem Sinne findet auch § 140 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes Anwendung, welcher besagt:

„Die Haftung Dritter, in den §§ 125, 126 nicht bezeichnet Personen bestimmt sich nach den sonstigen gesetzlichen Vorschriften. Insoweit den nach Maßgabe dieses Gesetzes entzündigungsrechten Personen ein gesetzlicher Anspruch auf Erfahrt des ihnen durch den Unfall entstandenen Schadens gegen Dritte erwachsen ist, geht dieser Anspruch auf die Verusgenossenschaft im Umfang ihrer durch dieses Gesetz begründeten Entschädigungs pflicht über.“

Der verletzte Arbeiter, der gegen einen Maschinenfabrikanten wegen ungenügender oder fehlender Schuhvorrichtungen an einer Arbeitsmaschine einen Schadensersatzanspruch erhebt, wird hierin in der Regel auf die Differenz zwischen der Unfallrente und dem vor dem Unfall begangenen Lohn berücksichtigt. Der darüber hinausgehende Betrag fällt der Verusgenossenschaft als Ergebnis ihrer Aufwendungen zu. Einen ähnlichen Schadensersatzanspruch hat der verletzte Arbeiter auch gegen sonstige Personen und Mitarbeiter, die seinen Unfall verschuldet haben. In den meisten Fällen wird zwar die Verfolgung des Anspruchs wegen der Mittellosigkeit der Betreffenden zwecklos sein. Von dem eigenen Arbeitgeber kann der Arbeiter dagegen wegen Unfallverschulden keinen Schadensersatz fordern, weil für ihn die Verusgenossenschaft eintritt. Eine Ausnahme ergibt sich nur da, wo der Unternehmer nicht versichert ist oder wenn er den Unfall vorsätzlich herbeiführt hat.

Die Unfallverhütungstechnik hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe vorzüglicher Schuhvorrichtungen geschaffen, die ihren Zweck, den Arbeiter vor einer Verletzung mit den gefährdringenden Teilen der Arbeitsmaschinen zu schützen, in jeder Beziehung erfüllen. Die früheren Maßnahmen, daß die Schuhvorrichtungen das Arbeiten hindern und erschweren, sind dadurch meist gegenstandslos geworden. Wo sich gewisse Unbequemlichkeiten zeigen, da haben sie ihren Grund meist nur in der noch nicht genügenden Gewöhnung und Übung des Arbeiters. Es ist daher entschieden davon abzuraten, in Fällen, wo die Arbeit nicht gleich flott vorhalten geht, die Schuhvorrichtung zu entfernen und ohne solche zu arbeiten. Der Arbeiter risisiert dabei nur zu leicht seine gesunden Glieder, zugleich aber auch seine Bestrafung wegen Verleugnung der Unfallverhütungsvorschriften und unter Umständen auch den Verlust einer Entschädigung. Völker finden sich häufig trotz der technischen Fortschritte in zahlreichen Betrieben noch Einrichtungen, die längst überholt und veraltet sind. Nach angebrachte Sparmaßnahmen oder Unkenntnis des Unternehmers bestimmt diesen zur Beibehaltung solcher Einrichtungen, ohne zu berücksichtigen oder zu wissen, welchen Schaden er sich damit selbst zufügt. In gleichem Maße

Menschheit verstehen. In dem Nachlaß der untergegangenen Völker erkennen wir die Art ihrer Kultur, ihre gesamte Weltanschauung, ihre Geistigkeit und ihre Bildung. Diese in den Büchern begrabenen Sprachen haben ihr Volk im Jahrtausende überdauert; der in ihnen enthaltene Kulturstoff verteilt sich weiter von Generation auf Generation.

Aber diese toten Sprachen haben keine weitere Entwicklung, weil sie von dem Volk geist der Leben eben Völker nicht erfaßt, nicht im täglichen Leben verwertet und umgebildet, nicht weitergebildet werden.

Die Sprache eines lebenden Volkes ist lebendig wie das Volk selbst. Die Volksseele, der Charakter des Volkes, spiegelt sich in seiner Sprache wider. Der einzelne Mensch kann sich den besonderen ethnischen Charaktereigenschaften seines Volkes so wenig entziehen wie seinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einrichtungen. Alle seine Wünsche und Hoffnungen, seine Ziele und sein Streben sind entsprungen aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen und Verhältnissen des Volkes, in dem er lebt. Alle seine Gedanken und Gefühle, die ihm seine Sprache zum Ausdruck verhilft, hat er geschöpft aus dem unerschöpflichen Vorrat des Volksgeistes und der Volkssprache.

Der einzelne steht zu der Sprache seines Landes wie das Kind zu seiner Mutter. Sie übt auf ihn einen fast unmerkbaren, aber dennoch unermöglichenden Einfluß aus in allen seinen Lebensäußerungen. Aber das Kind erwächst, lernt seine Mutter verloren und wird ihr ebenbürtig. Auch der Mensch lernt seine VolksSprache in ihrer Kraft und Schönheit erfassen, in allen Feinheiten verstehen, die Klarheit und Tiefe ihres Geistes mehr und mehr erkennen. Die geistige Entwicklung des Individuums, die Bildung

des Selbstbewußtseins, der Aufbau seiner inneren Welt, seine Weltanschauung wird wesentlich beeinflußt von der Sprache seines Volkes und seiner Klasse. In der Sprache des Menschen erkennt man sein Wissen, die Art seiner Bildung, seinen geistigen Entwicklungsgrad und seine Weltanschauung.

Aber auch einen nachteiligen Einfluß übt die Sprache auf das Denken und den Geist. Der urale Gegensatz zwischen Wort und Begriff ist es, der dem in seiner geistigen Entwicklung aufgewandten Individuum als benennendes Torso entgegentreten kann. „Schnell“ fehlt ist die Fähigkeit mit dem Wort.“ Die Energie des Denkens wird von der Klarheit des Wortes gehemmt. Das Wort deckt nicht mehr den Begriff; es entsteht die Schwäche. Leicht gleitet dann die Sprache über die Gedanken. Das Wort herrscht über den Begriff; das Denken verflucht; Gedanken werden nicht erfaßt; die Sprache wird zur Spielerei. „Die Sprache ist nur dazu da, um die Gedanken zu verborgen.“ Dies schwere Wort bezeichnet gut das schwache Spiel mit Worten und Gedanken.

Dem geistig Gesunden, dem reichschoffenen, klügten Menschen ist die Sprache seines Volkes ein Heiligtum. Je mehr er sie beherrscht durch Form, Feinheit und Kraft, um so tiefer ist er eingedrungen in den Geist seines Volkes, um so tiefer versteht er dessen Denken und Fühlen. Aber auch um so kräftiger wird sein Denken und Fühlen, seine Sprache überall finden in der Masse des Volkes; um so reifere Früchte wird die Arbeit seines Geistes tragen für die Sprache und die Entwicklung des Volkes, aus dem er entsprungen ist.

Volk und Sprache.

ar. Der Mensch lebt nicht und kann nicht leben als Einzelner. Alles, was sein Leben benötigt, ist bei seiner Geburt für ihn vorbereitet vorhanden. Für die Entwicklung seines Lebens, für das Gediehen seines Körpers, wie für seine geistige und seelische Entwicklung sind unzählige Faktoren an der Arbeit. Mit der Erlernung seiner Muttersprache wird er aus den rein tierischen Lebensäußerungen emporgehoben in die große Gemeinschaft des Menschlichen. Aber seine Muttersprache ist das Werk vieler Jahrhunderte. Millionen Menschen haben als seine Vorfahren in unzähligen Generationen und unermüdlicher Arbeit die Sprache geformt, die der neue Bürger vorfindet. Wohl muss auch er viele und mannigfache Hindernisse überwinden, bis er als sprechender Mensch in die Gemeinschaft der Menschheit einzutreten kann. Aber das Erlernen seiner Muttersprache geschieht nicht freiwillig von ihm. Seine ersten seelischen Befriedigungen und sein Nachahmungstrieb, die ihm die Erlernung der Muttersprache ermöglichen, sind ebenso eine natürliche Notwendigkeit wie seine rein tierischen Befriedigungen. Der einzelne Mensch verdankt das Vorhandensein seiner Muttersprache der Jahrhunderte langen Entwicklung und der zähen Arbeit seines Volkes, in dem er geboren ist.

Wort gibt es Sprachen von Völkern, die längst von der Erde verschwunden sind. Aber diese Sprachen sind tot; sie erfüllten nur in Büchern, die das Volk nicht liest. In diesen Büchern ist der gesamte Sprachraum der untergegangenen Völker begraben. Diese Bücher und diese toten Sprachen haben einen Wert für die Entwicklungsgeschichte der Menschheit; sie lehren uns die Vergangenheit der

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Abstimmungsverwaltung durch Unterschrift und Stempel bestätigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Glissarbeitern nach Aachen in Westfalen (Kleinhalden), Aue i. Erzgeb., Bonn (Kunststoff Kühling), Bremerhöhe, Cham in der Oberpfalz (Schönerer), Danzig (Schlachwerft), Diepholz, Dingen am Ammersee (Kreuth und Kontriner), Düsseldorf (Mühlengebstalt Blaubeuren am Rheinbach), Elberfeld-Witten (Webschiffchenreiner), Föddischow (Haberland), Forst in der Lauter, Göllnow in Pommern, Großenhain (Mäbschle), Hamburg, Kall bei Köln a. Rh. (Schwanborn), Kamen, Neubendorf i. Sa., Liegnitz, Mülheim a. d. Ruhr, Münnich i. W. (Flake, Überdick), Neuenburg i. Oldenb., Oschatz (Mawie), Parchim, Pasewalk, Wolfsbüttel, Worms, Rosen in Tirol, Hirschfähr bei Linz a. Donau, Zugern in der Schweiz, Paris.

**Klavermachern nach Wera R. i. L. (Späthe), Osna-
brück (Mawie).**

**Mobellatschern nach Erfurt (Trenk und Tops), Bülich
in der Schweiz (Schneller).**

**Parlettlegern nach Berlin, Bruckmühl (Ed. Reich),
Dresden (Heine), Hamburg-Altona,
Leipzig (Firma W. Schulze, Imhaber O.
Eßlinger).**

**Korbmachern nach Beschöve (Barre), Dösestedt
(Reinrath), Dörfer am Darß, Schleswig
(Wüller), Sellstadt (Ehlers, Ullermann).**

**Stellmachern nach Ebben i. Anh. (Gofswagenfabrik
Goffmann u. Schulze).**

**Stockarbeiter nach Wald i. Mhd. (Karl Breithaupt),
Drehstern und Polterern nach Albling (Wöhler),
Reinfeld in Holstein, Wallershäusen in
Thüringen (Pfeifensfabrik Thiene).**

**Stahlbauern, Drehstern, Polterern und Maschinenarbeitern
nach Aue i. Erzgeb., Rabenau, Groß- und
Kleinölsa.**

Kossermachern nach Berlin.

Sägern und Glissarbeitern nach Pirna (E. Hering).

wäre auch nach anderer Richtung zum Vorteil, insfern, als damit zwischen Gewerbeinspektoren und Arbeitern eine bessere Fühlung geschaffen und damit die Beseitigung mancher Klagen und Beschwerden angebahnt würde. Einem derartigen Verkehr zwischen Gewerbeaufsichtbeamten und Arbeitern sieht man aber sowohl bei den Unternehmern wie auch bei den Regierungsstellen nicht gern, und wird man daher auf eine Unterstützung von dieser Seite bei der Bekämpfung der Unfallhäufigkeit wohl verzichten müssen.

Dann bleiben nur noch die Arbeiter und die gewerkschaftlichen Organisationen übrig. In welcher Weise diese sich der Sache anzunehmen hätten, dafür hat der Deutsche Metallarbeiterverband bereits ein beachtendwertes Beispiel gegeben, indem er einen Beamten zu dem alleinigen Zweck anstellte, den Mitgliedern des Verbandes Vorträge über Unfallverhütung, Berufskrankheiten usw. zu halten. Diese durch geeignete Lichtbilder unterstützten und so leichter verständlich und zugleich anschaulicher gemachten Vorträge haben sich aufs beste bewährt. Sie wurden durchweg von den Mitgliedern gut besucht und mit Interesse angehört. Dieses Vorgehen sollte daher nicht auf eine Gewerkschaft beschränkt bleiben, sondern für alle Organisationen Anwendung finden. Selbstverständlich ist nicht daran zu denken, daß jeder Verband nunmehr einen oder mehrere sozial-politische Wanderredner aussenden soll. Das ist gar nicht notwendig! Der beabsichtigte Zweck würde vielmehr einfacher und besser erreicht, wenn die Verstragierung solcher Vorträge von einer Zentralstelle ausgeinge. Eine solche ist neuerdings durch Sozialpolitische Abteilungen der Generalkommission geschaffen, sie könnte diese Aufgabe sehr gut übernehmen, wobei natürlich vorausgesetzt ist, daß sie in bezug auf Sammlung und Zusammenfassung des Vortragsmaterials auch ausreichend von den einzelnen Gewerkschaften unterstützt wird. Es ist übrigens gar nicht erforderlich, daß sich die Tätigkeit der zu schaffenden Einrichtung lediglich auf die Bekämpfung der Unfallhäufigkeit und der Berufskrankheiten beschränkt. Sie könnte auch für andere Zwecke, z. B. den Kampf gegen die Heimindustrie, das Post- und Vogelschutz, das Arbeiterwohnungs- elend usw., nutzbar gemacht werden. Eindringlicher als es durch das bloße gesprochene Wort möglich ist, könnten so die Schäden und Mängel unserer heutigen Gesellschaftsordnung den Arbeitern und auch anderen Gesellschafts-tretern vor Augen geführt werden und für die Gewerkschaften wäre damit ein neues vorzügliches Propagandamittel geschaffen.

Die Anregung, die unser Mitarbeiter im letzten Teil seines Artikels gibt, ist jedenfalls im höchsten Maße beachtenswert. Wir können übrigens bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß sich unser Verbandsvorstand mit der Absicht traut, unabhängig von anderen Stellen, die etwa ähnliche Pläne verfolgen, Lichtbilder-vorträge über die Unfallverhütung in der Holzindustrie zu veranstalten. Die Vorarbeiten für dieses Unternehmen sind schon so weit gediehen, daß mit den Vorträgen voransichtlich im Herbst dieses Jahres begonnen werden kann. Über die Einzelheiten werden noch entsprechende Bekannt-machungen erfolgen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Monat Mai hat eine recht merkliche Erleichterung des Arbeitsmarktes gebracht, die in der Holz-industrie besonders stark ins Gewicht fällt. Während auf je 100 offene Stellen im Monat März 148,8 Arbeitslose kamen und im April gar 156,6, sank der Andrang im Mai auf 127,3. Diese Besserung ist um so bemerkenswerter, als in den Jahren 1908 und 1910 die Lage des Arbeitsmarktes im Mai ungünstiger war als im April. Im Jahre 1909 hatte sich der Andrang der Arbeitslosen im Mai zwar ebenfalls vermindert, aber nicht in dem Maße, wie in diesem Jahre. Vergleicht man die Bewegung des Andranges in den ersten fünf Monaten der beiden letzten Jahre, dann ergibt sich folgendes Bild: Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

Jänner	Februar	März	April	Mai
1910 810,9	284,9	167,8	160,8	179,8
1911 240,8	200,7	148,8	150,8	127,3

Abnahme 70,1 84,2 19,0 4,2 52,5

Das laufende Jahr brachte also in allen Monaten eine Besserung gegenüber dem Vorjahr, und der Absprung war, abgesehen am Januar, am stärksten im Mai. Die günstige Lage des Arbeitsmarktes prägt sich diesmal auch deutlich in den Ergebnissen der Arbeitslosenzählung in unserem Verband aus. Während im März noch 2,62 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos waren, sank dieser Anteil im April auf 2,40 und im Mai auf 1,01 Proz. Das ist ein außerordentlich günstiger Stand, denn in den letzten vier Jahren ist die Arbeitslosenstaffel fast durchgängig sehr erheblich höher gewesen. Abgesehen von den Monaten August und September 1909, wo 1,82 bzw. 1,85 Prozent der Mitglieder arbeitslos waren, wurden in keinem Monat weniger als 2 Proz. Arbeitslose gezählt, in manchen Monaten aber ganz bedeutend mehr. Der Monat Mai speziell brachte im Jahre 1908 4,39, 1909 3,10, 1910 2,63 und 1911, wie bereits erwähnt, 1,01 Proz. arbeitslose Mitglieder.

Von den einzelnen Landesteilen war nach den Berichten der Arbeitsnachweise der Stand des Arbeitsmarktes am günstigsten in Württemberg, wo auf 100 offene Stellen nur 73,04 Arbeitslose kamen. Günstige Bissern haben auch Rosen mit 84,48, Schlesien mit 95,16 und Bayern mit 98,10. Andererseits war der Andrang besonders stark im Abniedrig Sachsen, wo 208,1 Arbeitslose auf 100 offene

Stellen kamen. Auch Ost- und Westpreußen mit 185,0, die Rheinprovinz mit 158,1 und Baden mit 148,4 weisen ungünstige Bissern auf. Bei den einzelnen Branchen ergibt ein Vergleich mit dem Vorjahr das folgende Bild: Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

	April	Mai
Tischler	158,89	128,01
Drechsler	190,02	188,79
Blitzen, Rahmen u. Korbmacher	144,15	125,14

Die eingetretene Besserung macht sich also bei allen Branchen bemerklich, am stärksten aber in der Tischlerei.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzhölzern ist im Monat Mai, verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahres, zurückgegangen, und zwar von 4 257 850 Doppelzentner im Wert von 22 192 000 Mtl. auf 3 815 602 Doppelzentner im Wert von 19 501 000 Mtl. In den ersten drei Monaten des Jahres war die Einfuhr höher gewesen als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs; der Rückgang in den Monaten April und Mai hat aber den Überschuß wieder ausgeglichen und bewirkt, daß in den Monaten Januar bis Mai zusammengekommen, gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Einfuhrmenge um 227 460 Doppelzentner oder 1,84 Proz. und des Wertes der Einfuhr um 2 217 000 Mtl. oder 2,57 Proz. eingetreten ist. Am stärksten ist der Rückgang bei Nadelholz und Nutzbaumholz, während die Einfuhr von Eichenholz, Buchenholz und von weichen Laubholzern eine Steigerung erfahren hat. Die Ausfuhr von Holzwaren betrug im Monat Mai 62 808 Doppelzentner im Wert von 4 808 000 Mtl. gegen 55 254 Doppelzentner im Wert von 4 195 000 Mtl. im Mai 1910. Das ist eine Verminderung der Menge um 5,33 Proz. aber eine Steigerung des Wertes um 9,84 Proz. Die ersten fünf Monate des Jahres zusammen ergaben eine Verminderung der Ausfuhrmenge um 0,28 Proz., aber eine Steigerung des Wertes um 0,40 Proz. Bei Biesen, Bitzen, Pinseln und Siebwaren stieg die Ausfuhr im Mai von 2180 Doppelzentner im Wert von 890 000 Mtl. auf 2885 Doppelzentner im Wert von 959 000 Mtl. Von Januar bis Mai wurden 12 642 Doppelzentner (+ 14,81 Proz. im Werte von 4 808 00 Mtl. (+ 10,56 Proz.) ausgeführt.

Die Neuinvestition von Kapitalen in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die zur Holzindustrie gehören, hat eine weitere Steigerung erfahren. Während im Mai 1909 1 824 000 Mark, im Mai 1910 nur 886 000 Mtl. neu investiert wurden, stieg die Summe im Mai d. J. auf 2 084 500 Mtl. In den Monaten Januar bis Mai wurden in der Holzindustrie insgesamt investiert 6 234 000 Mtl. gegen 5 289 000 Mtl. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Von den Neuinvestitionen der ersten fünf Monate dieses Jahres entfällt 5 888 500 Mtl. auf Neugründungen und 900 500 Mtl. auf Kapitalerhöhungen. Neu gegründet wurde eine Aktiengesellschaft mit 200 000 Mtl. und 69 Gesellschaften m. b. H. mit einem Kapital von 5 188 500 Mtl. Ihr Kapital haben erhöht 2 Aktiengesellschaften um 650 000 Mtl. und 9 Gesellschaften m. b. H. um 250 500 Mtl.

Bei den Neugründungen im Mai handelt es sich meist um die Umwandlung bestehender Betriebe in Gesellschaften mit beschränkter Haftung. So ist die Firma Marx & Daehne in Leipzig, Spiegel- und Bilderrahmenfabrik in eine G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 450 000 Mtl. umgewandelt worden. Desgleichen die Firmen Jean Schramm, Pinsel-fabrik in Nürnberg (Stammkapital 400 000 Mtl.) und Aders u. Blumberg in Guben, Leisten-, Rahmen- und Holzgalanteriemarensfabrik (Stammkapital 200 000 Mtl.). Bei der Umwandlung der Möbel-fabrik und Sägewerk Neusorg in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind als Gesellschafter eingetreten Direktor Gustav Grimm in Waldshut, Ingenieur und Direktor Moritz Beck in Zeitz und Martin Kempf in Neusorg. Das Stammkapital beträgt 250 000 Mtl. Die seitige Firma Dampffäge- und Hobelwerk Waldorf, Meinden u. Steinmetz ist in eine G. m. b. H. umgewandelt mit der Firma Möbel-fabrik Waldorf, Gesellschafter sind Johann Meinden und Paul Häußer in Bonn. Stammkapital 40 000 Mtl. Auch die Schrein-fabrik Karl Küster in Köln ist in eine G. m. b. H. umgewandelt mit einem Stammkapital von 20 000 Mtl. Von Neugründungen sind zu nennen die Fünsterwald Holzindustrie, Stammkapital 45 000 Mtl., Gustav Altenburg u. Co., Stettiner Möbelindustrie, Stammkapital 25 000 Mtl. Gesellschaft für Innenausbau m. b. H. in Berlin; Gesellschafter Robert Wildermuth in Niedorf, Stammkapital 24 000 Mtl. Hohenlohe-Tischfabrik G. m. b. H. in Düsseldorf; Gesellschafter Erich Wunder. Stammkapital 20 000 Mtl.

Kapitalerhöhungen haben vorgenommen die Firmen Kleinstfahrt v. o. m. Johann Fischer & Co. von 3 200 000 Mtl. auf 3 600 000 Mtl. Die neuen Aktien wurden zum Kurs von 240 Proz. ausgegeben. Die Möbelmanufaktur Holzindustrie G. m. b. H. in Mansfeld bei Schlebusch erhöhte ihr Kapital von 104 000 Mtl. auf 120 000 Mtl., die Hannoverische Sperrholzfabrik G. m. b. H. in Hollensen bei Bremen von 20 000 Mark auf 60 500 Mtl. und bei Eduard Gilger, Piano-fabrik G. m. b. H. in Berlin wurde das Kapital von 40 000 auf 44 000 Mtl. erhöht.

Von den Aktiengesellschaften, die im Monat Mai ihre Rechnungsergebnisse veröffentlichten, sind zu nennen Völkerfabrik Bonnberger u. Co. in München. Die Höhe der dreijährigen Dividende ist noch nicht bekannt. In den beiden letzten Jahren wurden 11 bzw. 10 Proz. verteilt. Da diesmal der Gewinn 216 580 Mtl. denen

109.248 M ℓ . im Vorjahr betragt, ist wohl eine noch höhere Dividende zu erwarten. Gebr. Knabe, A.-G., Holzplanofertfabrik in Münster i. W., erzielten einen Gewinn von 21.260 M ℓ . gegen 23.513 M ℓ . im Vorjahr; eine Dividende wurde nicht verlost. Die Württembergische Holzwarenfabrik vorm. Haher u. Weißried in Esslingen verteilte wie im Vorjahr 4½ Proz. Dividende. Auch Christopher u. Unna in Niesky-D.L. kamme wie im Vorjahr 6 Proz. Dividende verloren, obwohl der Gewinn von 305.825 M ℓ . auf 200.494 M ℓ . zurückgegangen ist. Mühliger hat die Württembergische Erlangen, A.-G., vorm. Emil Stranzlein, abgeschlossen, die für 1908-9. 9 Proz., 1909-10 Proz., für 1910 aber 11 Proz. Dividende verloren konnte. Dagegen wußten die Aktionäre der Vipperspurige Holzwarenfabrik vorm. in den beiden Vorjahren so auch diesmal wieder auf eine Dividende verzichten.

Von der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schuhverbandes.

Der Arbeitgeber-Schuhverband für das Deutsche Holzgewerbe hat seine diesjährige Generalversammlung am 23. und 24. Juni in Dresden abgehalten. Die Verhandlungen auf diesen Generalversammlungen werden in der Regel zu einem erheblichen Teil hinter verschlossenen Türen geführt; diesmal hat man es jedoch für zweckmäßig erachtet, den Bericht über die Tarifverhandlungen in öffentlicher Sitzung zu erstatten und die "Sachzeitung" gibt das Protokoll über diese Verhandlungen ausführlich wieder. Bei der Bedeutung, die dieser Vierigkeitsrat auch für unsere Kollegen hat, halten wir es für angebracht, ihnen diesen Teil des Berichtes nachstehend in vollem Umfang zur Kenntnis zu bringen:

Als Berichterstatter führt Bräsi-Bremen folgendes aus: Wenn im Grundsatz das Wort "Tarifverhandlungen" durch die Presse geht, zuckt es dem Arbeitgeber in allen Herzen. Denn es läßt ihn jedesmal eine große Menge Geld. Es ist daher hier eingehend zu erörtern, ob es in Zukunft möglich sei, in demselben Fahrwasser, wie bisher, weiter die Verhandlungen zu führen. Das Fazit aus den bisherigen Ergebnissen derselben ist wohl überall dasselbe: so geht es unumstößlich weiter!

(Allgemeine Zustimmung) Wir wollen gern anerkennen, daß die Bestrebungen der Arbeitgeber, ihre Lohnverhältnisse einzubessern und daher besteren Lohn zu erlangen, der Berechtigung nicht entziehen. Anderefalls kommt es für uns darauf an, die Tarifverträge so zu gestalten, daß man endlich einmal in Nähe am Gestalt disponieren kann. Aber der Gegner ist immer bestrebt, die Verträge lediglich im eigenen Interesse auszugestalten, und wir müssen daher den Vertrag inhaltlich ihnen eine solche Fassung zu geben, daß er das nicht mehr kann. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Herr Leipziger, hat in einem von ihm in München am 19. Januar 1910 erstatteten Referat eine Statistik über die Steigerung der Löhne gegeben, aus der sich das r an die Maßnahmen derselben klar ergibt. Durchweg betrug der Durchschnittslohn

	1908	1909
In Königsberg i. Pr.	16,15 M ℓ	26,12 M ℓ
Erlangen	16,82	25,87
Berlin	22,01	32,58
Dresden	18,50	26,40
Chemnitz	17,90	24,16
Leipzig	19,60	27,50

Nachdem bei einigem Nachdruck dieser Angaben darüber, daß die Löhne nicht gestiegen seien, zu bedauern, daß die Löhne nicht gestiegen seien. Zu diesem Zeitpunkt lagen 12.000 Arbeiter in Frage. Sahm eine Lohnzunahme von mindestens 1 Proz. pro Stunde nicht eine hohes Datum aus, sie erhielt die Woche 6480 M ℓ auf das erste Jahr 8260 M ℓ , also in vier Jahren 134760 M ℓ . Diese Zahl müssen Sie, meine Herren Kollegen, von Ihrem Verdienst abziehen und es ist von der Kundschaft nicht wieder hereingezulernen. (Zustimmung)

Der Referent gab nunmehr eine detaillierte Übersicht über die im letzten Frühjahr gepflogenen Verhandlungen. Sie seien bereits Ende Oktober ein. Die Arbeitgeberfederationen in einer Berlin abgeschlossenen Vereinigung die Handlung der Verträge ab und wählen eine Verhandlungskommission, bestehend aus den Vertretern der Städte Bremen, Breslau, Cassel, Stuttgart und Leipzig. Angewiesen waren von der anderen Seite die Wiedergänger einzuladen. Die Wiedergänger hatten nun

viel erwartete Vertragsmuster

ausgearbeitet, gegen welches die Partei nicht enden wollte, trotzdem es in der Kommission, somit erwartet, gewillt war, und es wurde von den Arbeitgebervereinen gutgeschehen. Dieses Vertragsmuster sollte als Vertrag des Maatschafts gelten, der den an der Vertragsmuster einwilligt als Ziel verschweift, denn es ist deutlicher Wiedergänger jetzt einen möglichst niedrigen Vertrag vor. Die Anfangszeit erfuhr nun die Partei, daß es möglich sei, den Wiedergängern in bestimmten Kreisen fortzuführen. Von Seiten der Vertreter des Holzarbeiterverbandes wurde die Feststellung der Verträge am 19. Februar gemacht. Der Versuch, die vierte Gruppe einzufügen, gelang nicht; wohl aber ist es gelungen, Wirtschaftsbüro zu erhalten, das heißt einzelne Preisen in der Industrie vertraglich zusammenzulegen. Es mag nun vielleicht fragen sein, die Wirtschaftsbüro, welche dann kommen, da drei bis vier Jahre später erscheinen. Letzteres müssen fälle aus eigener Erfahrung werden, daß zusammengehörige Gruppe vereinigte Käufe und Absatztermine haben, wie z. B. Lederwaren in Elberfeld, oder wie Bosen und Cottbus, wo die Kaufleute und die Wirtschaftler je einen gemeinsamen Vertrag haben, usw.

Was nun die Verhandlungen selbst und die dabei getätigten Erfahrungen betrifft, so erwachsen immer der

Kommissionsverhandlungen dadurch besondere Schwierigkeiten, daß in den Städten Bremen und Breslau, die selber in der Kommission vertreten waren, die Arbeiter die Arbeit niedergelegten. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklärten zwar in Berlin, daß sie mit dieser Maßnahme nicht einverstanden seien, aber damit war die tatsächliche Sehnsucht nicht aus der Welt geschafft und der Streik nicht beendet. Nun wieder wurde von der andern Seite aus Siegen verbrieft, wo umgekehrt die Arbeitgeber die Arbeiter ausgesperrt hatten, und es mußte, da keine Vermittlungshilfe helfen wollten, zur Ausschließung von Siegen unseresfalls geschriften werden.

In der bisherigen Weise können die Verhandlungen nicht geführt werden.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Zukunft entweder Verhandlungen nur über Arbeitszeit und Ablaufstempern geführt werden, daß dagegen über Lohn und weitere Fragen an den einzelnen Orten verhandelt wird.

Der Vorsitzende Mühliger ergänzt diese Ausführungen, besonders um den Ehrengästen ein Bild von der Sachlage zu geben. Wir sieben als Arbeitgeberverband mit den Organisationen der Arbeitnehmer, dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem Chemischen Verband und dem Deutschen Gewerkschaftsverband ein Vertragsverhältnis. Bisher schlossen wir in der Regel einen Vertrag aus 3 Jahre ab. Seit Jahresende haben wir auf 4 Jahre Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt. In diesem Frühjahr hatten wir eine Abschlussserie, die sich von Nord bis Süd von West bis Ost erstreckte und große Städte (wie Bremen, Stuttgart, Breslau) mit ganz kleinen Landstädten umfaßte. Es muß auffallen, daß die Arbeitgeberorganisationen ohne Rückzug auf den Markt der Städte, die Städte, die Lebensmittelpreise zum Überbau die gleichen Lohnforderungen stellten. Es betragen nicht unter 8 Proz. und 10 bis 15 Proz. Zuschlag auf die Altkorde. Es ist in den letzten Jahren in ganz verschiedenen Städten verhandelt worden. Meiner Ansicht nach die Vierigkeitsverhandlungen mit dem Schiedsspruch des Heera v. Bortels. Neben diesen Methoden kann, nachdem Wiederholungen und Abgrenzen aus den beteiligten Städten, weshalb wegen diesmal, ohne auf die Mitteilung eines Unparteiischen zu verzögern, die Verhandlungen von Seiten der Centralvorstände geführt wurden. Diese Verhandlungen haben den Beweis erbracht, daß beide Organisationen, wie wenige andere Gewerbe, in dem festen Willen, auf dem Wege der Verhandlungen zu versuchen, fortgeschritten sind. In diesem Jahre lag das Schwerpunkt der Verhandlungen mehr in der Kommission, die aus den beteiligten Städten von Seiten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gewählt war. Dabei machten sich die Gegensätze zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost, zwischen den Großstädten und den kleineren Ortschaften und den Groß- und Kleinbetrieben in vorstarkem Maße geltend.

Die große Bedeutung, die uns angemessen wurde, stellt sich in folgendem Beispiel dar: Es handelt sich um 19 Städte mit 12.000 Arbeitern; das ergibt bei 1 Pfennig Lohnzunahme schon die Summe von 334.000 M ℓ , bei 0,5 Pfenniger Arbeitszeit und 300 Arbeitstagen pro Arbeiter 27 M ℓ . Bei 0,5 Pfennig Lohnzunahme und 1 Pfennig Ausgleich für die Arbeitszeit verteilt auf 2 Pfennig im 1. Jahre, 2 Pfennig im 2. Pfennig im 3., 1 Pfennig im 4. Jahre, dazu der Pfennig als Ausgleich kommt 101 auf folgende Zahlen zu liegen: im 1. Jahre 635.000 M ℓ , im 2. Jahre 1.270.000 M ℓ , im 3. Jahre 1.600.000 M ℓ , im 4. Jahre 4.231.800 M ℓ , am Ende des 4jährigen Vertrages 5.752.000 M ℓ . Angesichts der wirtschaftlichen Krise, die auch unser Gewerbe betroffen hat, sind wir nicht in der Lage, diese Mehrausgaben auf unsere Arbeitnehmer abzuwälzen, und die in dieser Hinsicht gemachten Versuche sind als gescheitert zu betrachten. Wir haben in rund 250 Städten Versuche in den dort erscheinenden Zeitungen erlossen, in denen wir auf

die Folgen der Finanzreform hingewiesen, in deren Konsequenz wir uns den Forderungen unserer Arbeiter auf eine Lohnzunahme nicht grundsätzlich verschließen könnten, und die Bitte aussprechen, die Presse für unsere Fabrikate um 7½ Proz. zu erhöhen. Diese Verhandlungen haben sich verzögert, und nur in ganz wenigen Ausnahmefällen ist das Verlangen erfüllt worden. Bei der schlechten Geschäftslage nehmen dann noch die leidigen Unterbieter einen großen Umsatz an, und in nur allzu vielen Fällen zeigte es sich, daß der Einzelne im Vereinigten nur den Konkurrenten nicht über den Kollegen fähig, so daß nicht daran gedacht wurde, irgendwelchen Ausgleich für die Lohnzunahmen zu erzielen.

Es ist unbedingt erforderlich, die Zustimmungen bei den Vertragsabschlüssen zu reduzieren, wenn nicht das Betriebskapital der Arbeitgeber in einer Weise angegriffen werden soll, daß das Schlimmste für die Zukunft zu befürchten steht. (Lebhafte allgemeine Zustimmung) Die Arbeitnehmeransprüche aus der sozialpolitischen Gesetzesgebung hat einen Umfang erreicht, daß die Summen ins Ungeheuerliche gestiegen sind. (Sehr wahr!) Alle diese Wahlabsatzentwicklungen sind derartig ausgebildet, daß sie die Arbeitgeber aus ihrer Tasche bezahlen müssen. Wir geben jetzt über 2 Millionen für unsere Arbeiter jährlich aus. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß solche Belastungen auf die Dauer geradezu ruinös wirken müssen. (Lebhafte Beifall.) Wie sind auch fair die alleinigen Träger der Finanzressourcen, bei welcher wir nicht nur den auf uns selber fallenden Anteil an der indirekten Besteuerung tragen, sondern in Gestalt der Lohnzunahmen auch einen nicht geringen Teil der Belastung übernehmen müssen, die auf unsere Arbeiter fällt. Es könnte nicht ausbleiben, daß diese Entwicklung in den weitesten Kreisen der Kollegenschaft eine

große Unzufriedenheit erregen würde, der wir nicht imstande wären entgegenzuordnen. So fallen auf uns Vorwürfe, die gerechterweise an eine andere Adresse zu richten wären. Das sollte man doch dringend beherzigen! Wenn wir als Männer, die mitten im praktischen Leben stehen, nicht ohne weiteres angeben müßten, daß unsere Arbeiter tatsächlich aus der Finanzreform erheblich belastet werden, so hätten wir eine

ganz andere Stellung gegenüber den Forderungen derselben gehabt. (Lebhafte Zustimmung) Es zeigt sich hier eben wieder der alte Erfahrungssatz, daß in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Arbeitgeber weit weniger in der Lage sind, die Forderungen der Arbeiter zu widerstehen, als in guten Zeiten. Wir müssen uns mit den Verhältnissen abfinden; aber Sie wollen sie auch in Ihrer Freizeit beherzigen und in diesem Moment gerecht denken und empfinden. (Zustimmung.)

Blecken-Berlin: Die Verhandlungen, die diesmal zentral geführt wurden, haben Schiffbruch gelitten. Die Art ist klar dahin, daß es

unmöglich sei, zentrale Verhandlungen an einem Orte abzuhalten. Die Kollegen erläutern es für unmöglich, daß alle Verträge an einem Orte abgeschlossen werden, während unsere Nachbarkreise, mit denen wir die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse haben, nicht angegen sind und deshalb niemand bei den Verhandlungen in der Lage ist, die Möglichkeit von Behauptungen, daß nicht in der Nähe mehr bezahlt werde, zu kontrollieren.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Zukunft entweder Verhandlungen nur über Arbeitszeit und Ablaufstempern geführt werden, daß dagegen über Lohn und weitere Fragen an den einzelnen Orten verhandelt wird. Ein Beispiel möge das erläutern: Zur Verhandlung stand Elberfeld; es geht nicht an, daß über dessen Verhältnisse verhandelt wird, während Bremen, mit dem es eng verwachsen, nicht gegenwärtig ist. Verhandlungen zentralen Verhandlungen ist es unmöglich, die an den Verhandlungen nicht beteiligten Bezirke, die ganz in der Nähe der beteiligten liegen, heranzuziehen. Dazu kommt der ganze Gang dieser zentralen Verhandlungen: die Arbeitgebervertreter ziehen die Verhandlungen möglichst in die Länge, um die Arbeitgeber nötig zu machen und sie zu Verbilligungen zu drängen, die gemacht werden, damit die Sache nur zu Ende kommt. So war es auch das letztemal, aus allen Bezirkverbinden wurde mitgeteilt, die Verhandlungen seien am Orte nicht weiterzuführen, da die Arbeitgeber-Pareto ausgezogen hätten zu Hause in keiner Weise entgegenzutreten, sondern die Verhandlungen nach Berlin zu bringen. Die Arbeitgebervertreter können dort wochenlang bei den Verhandlungen sitzen. Dazu sind die Vertreter der Arbeitgeber nicht imstande, da sie ihr Geschäft haben, das sie nicht vernachlässigen können. Mit Recht sagen daher die Kollegen:

Zentrale Verhandlungen machen wir nicht mehr mit! Nur aus diesen Schwerpunkten herauszutreten, wird es nur eine Möglichkeit geben, nämlich die Tarifverhandlungen in die Wahlverhältnisse zu verlegen, die für die neuen Wahlen zum Wahlkreis gebildet werden sollen. Wenn es mit den Verhandlungen so, wie bisher weitergeht, dann würden die Arbeitgeber zugrunde gehen, und damit würde eine schwere Schädigung unseres ganzen staatlichen Lebens eintreten. (Sehr richtig!) Unsere Pareto muss daher sein: keine zentralen Verhandlungen mehr, sondern Verhandlungen in den Bezirken und den Verbänden derer, wo sie die innere Art und Weise Sach des neuen Vorstandes und der Wahlverbände bestimmen. (Wohlgefallen.) Damit hoffen wir auch einen eingerichteten Zusammenschluß zu gewinnen, der eine größere Anziehungskraft auf die unserer Organisation noch fernstehenden Kollegenkreise ausübt und derselben eine größere Stützkraft verleiht. Was das

VertragsSchema

betrifft, so ist dasselbe ein Extrakt aus den vielen verschiedenen bestehenden Verträgen. Die Arbeitgeber haben darin immer die ihnen günstigen Bestimmungen und Paragraphen herausgesucht. Die Arbeiter haben darin nur Rechte für sich festgesetzt, aber die Pflichten den Arbeitgebern überlassen, und wenn es darauf kommt, legen die Arbeiter die einzelnen Paragraphen so auf, daß eigentlich das Gegen teil herauskommt, was wir darunter verstanden haben. Es ist nach alledem begreiflich, daß unsere Kollegen von diesem Schema nichts wissen wollen. Was die

Zusammensetzung der Verhandlungskommission betrifft, so wurde sie früher aus nicht beteiligten Städten zusammengesetzt. Daraus ergaben sich mehrere Klagen, so daß man dazu überging, das legitimal die Kommission aus den beteiligten Städten zusammenzusetzen. Auch dieser Modus hat sich als falsch erwiesen. Die Vertreter sind dann noch mehr, wenn weniger, besiegelt, jeder sucht in erster Linie seine eigenen Interessen wahrzunehmen und ist nur allzu sehr geneigt, Sonderrechte für die anderen zu machen, damit nur endlich die Sache zu Ende gelange. Daher ist der Vorstand der Meinung, es sollten mindestens 3 Mitglieder der Kommission aus den nicht beteiligten Städten genommen werden und ein Viertel bis ein Fünftel aus den beteiligten, damit es nicht wieder so geht, wie das letztemal in Berlin. Während der Verhandlungen traten in Bremen und in Breslau die Arbeitgeber wider die Abrede in Streit. Was sollten da nun die Vertreter dieser Städte machen? Sollten sie weiter verhandeln oder nicht? Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes sagten, sie vertrüllten das Vorgehen ihrer Leute, aber sie könnten dabei nichts weiter machen, das einzige Mittel aus der Sache herauszulösen sei, die Verhandlungen so schnell wie möglich zu Ende zu bringen. (Große Heiterkeit!) Unser Herr Vorstandender meint, die zentralen Verhandlungen sollten sich auf Festsetzung der Arbeitszeit und des Ablauftermins beschränken. Auch das ist schon versucht, man hat dann von einer

Gewinnungs-Kommission

gesprochen. Man sieht aus alledem, es gibt kein bestimmtes Schema für den Verhandlungsmodus; man muß aus den Tatsachen von Jahr zu Jahr seine Erfahrungen ziehen und jedesmal die Verhältnisse in Bezug auf die Sache zu richten. Wenn wir nach dem Vorschlag des Herrn Referenten verfahren und eine Kommission einsetzen, die sich jeweils mit den einzelnen Bezirken in Verbindung zu setzen hat, so fragt es sich auch noch wieder, ob dieser Modus allen gefallen wird. Man müßte sich die Bedeutung der Sonderinteressen abgewöhnen und die Kommission mit Vollmachten ausstatten, und wir wissen nicht, ob das allen genehm sein wird. Es ist so viel

auf den Vordörfer Verhandlungen geschlossen worden. Es muß doch bestont werden, daß Herr v. Berlepsch sich die größte Mühe gegeben hat; wenn er nicht in allen Punkten so entschied, wie gewünscht wurde, so ist das doch ganz selbstverständlich.

Die diesmaligen Verhandlungen haben doch zweifellos ein weitans ungünstigeres Ergebnis gehabt, wie die früheren. Also alles in allem: die Sache steht so, daß die Verhältnisse sich von Jahr zu Jahr ändern, und daß wir uns denselben immer wieder anpassen müssen.

Helmholz-Hannover gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß vom Vorstande erklärt sei, daß zentrale Verhandlungen an einem Platz nicht wieder stattfinden sollten. Er sei von seinem Verbande zu der Erklärung beauftragt, daß

keine zehn Pferde denselben je wieder zu zentralen Ver-

handlungen bringen könnten.

(Beispiel.) Man solle sich nun nicht in großen Debatten und Behlagen über die letzten Verhandlungen ergehen; die Sache ist erledigt. Es kommt auf die Verhältnisse an, die dadurch geschaffen sind. Ursache zur Freude darüber haben wir nicht, sondern die Empfindung des Gegenteils. Unsere Beschwerde richtet sich gegen die

Verbände, die nicht früh genug bewilligten konnten und den anderen das Konzept verdarben. (Zustimmung.) Es gab drei Kategorien: ein Teil bewilligte sofort alles, was vorgeschlagen wurde, ein anderer Teil ergab sich resigniert in sein Schicksal, und dann gab es als dritten Teil

eine Anzahl steifnägiger Verbände,

die eben durch die ganzen Verhältnisse oft genötigt wurden, gegen ihre Überzeugung die Geschichte zu Ende zu bringen. So ist die Ruhe oft genug allzu teuer erlaufen worden. Daraus ist vielfach innerhalb der Verbände ein großer Unmut unter den Mitgliedern entstanden, so daß man stellenweise tatsächlich von einer Verbandsverdrossenheit sprechen kann. Wir geben gern zu, daß der Zentralvorstand das Menschenmöglichste geleistet hat, und wir sind ihm für seine Tätigkeit unter den gegebenen Verhältnissen dankbar. Aber wir meinen, diese dürfen auf keinen Fall so bleiben. Wir dürfen nicht durch neue Ablaufsperioden immer wieder einen neuen Stell in den Verband treiben lassen.

Die vierte Ablaufsperiode ist kein Ruhmesstitel für denselben. Die Streitkämpfung allein kann uns nicht helfen, wenn nicht eine andere tatkräftige Hilfe dahinter steht. Die Schuld trägt die mangelhafte Disziplin in den lokalen Verbänden. (Zustimmung.) Der Verband kann nur gebeten, wenn hier Abhilfe geschaffen und er so von unten heraus gesucht wird. (Beispiel.) Wir müssen auf intensive Mittel fahren, um die Mitglieder kraftvoll zusammenzuhalten. Auf den Ehrenstandpunkt allein können wir uns gar nicht verlassen. Wir müssen die Mitglieder durch drastig

hohe Geldstrafen

verpflichten, daß sie gezwingt sind, den Anordnungen des Zentralvorstandes zu folgen. Es muß nichts, die Sünden einfach aus dem Verbande hinauszuwerfen, an dem Geldbeutel muß man sie fassen. Wir begrüßen die Bildung von Gauverbänden und versprechen uns von denselben eine starrere Organisation. Nur jeder in seinem Kreise das Seinige, damit das große Ganze zur Geltung gelange.

Vorliggmann-Magdeburg: Es ist ja nicht erfreulich für die Kollegen, daß sie zahlen müssen, aber fast scheint es, es ist noch immer nicht genug, um sie zur Abwehr zu einigen. Wir sind bereit, unseren Arbeitern das, was sein muß, zu bewilligen, aber gegen Übergriffe müssen wir uns zur Wehr setzen. Es ist schlimm, zu sehen, daß es Kollegen gibt, die einfach bewilligen und damit die anderen hängen lassen.

Die steifnägigen Kollegen sind noch lange nicht die schlechtesten.

Wenn wir erst alle zu solchen steifnägigen Kollegen geworden sind, dann erst werden wir zu anderen Abschlüssen gelangen. So wie die Dinge heute liegen, wären die Gegner die größten Esel, wenn sie die Situation nicht für sich ausnutzen wollten.

Kainz-Elberfeld bespricht die Verhältnisse in Witten-Elberfeld und legt dem Verband ans Herz, einen Zusammenschluß der sämtlichen größeren rheinischen Städte (Köln, Düsseldorf, Grefeld, Witten, Elberfeld) in die Wege zu leiten.

Trute-Pozen geht auf die dortigen Verhältnisse ein, die ganz besonders lagen, und sucht den Vorwurf zu entkräften, der seinem Verbande aus der Anurteilung des Gewerbegeichts gemacht ist. Im übrigen erklärt sich Redner mit der Abgrenzung in Gauverbände einverstanden.

Walter-Berlin (Freie Vereinigung der Drechslermeister und Luxusmöbelfabrikanten Deutschlands) hält eine sehr scharfe Kritik an dem Gang der letzten Verhandlungen für durchaus berechtigt und bespricht die Verhältnisse in Hünstewalde.

Die Kommission sei viel zu bewilligungsfreudig gewesen.

Als im Anfang der Verhandlungen ein Redner erklärte, mit vier Pfennig Lohnerhöhung würde wohl niemand diesmal fortkommen, erhob sich ein solches Gallo, daß der Redner erklärte, er habe nur Spass gemacht und seien wollen, was man dazu sage. Und was haben wir dann an Bewilligungen erleben müssen! Redner bellagt ferner den Mangel an Disziplin. Diese habe auch die Kommission vermissen lassen, als sie trotz des vom Vorstande gestellten Ultimatums weiter verhandelte.

Wenn man sich nicht immer gleich breitschlagen lassen und alles bewilligen werde, dann werde der Schuhverband an Auseinander gehen.

Auf steifnägige Mitglieder komme es an. Redner gibt der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft anders verfahren und besonders auch an den bestehenden Vorteilen festgehalten werde.

Derde-Dessau wendet sich gegen den Pessimismus, den manche Redner zur Schau tragen. Nicht des Verbändes sind wir müde, wohl aber dieser Art der Verhandlungen. Aber auch

nach wie vor sind wir bereit, den Kampf, wenn es sein muß, zu führen.

Wir freuen uns, daß der Vorstand andere Wege sucht, und wir müssen uns vergegenwärtigen, in welcher Beziehung der Gegner stärker ist, wie wir. Der Gegner hat niemals etwas im Kampfe zu verlieren, sondern kann in jedem immer nur gewinnen. Hier haben wir den Kippunkt, jede andere Schwäche kann ausgeglichen werden. So ist von einem dem Herrn Vorredner dargelegt worden, wie die Tätigkeit der mit den Verhandlungen unsererseits beauftragten Männer dadurch eingeschränkt wird, daß zu Hause der Betrieb auf den leitenden Mann wartet, der in Berlin sitzt und daher zu Bewilligungen geneigt ist. Die aus diesen Verhältnissen resultierende Schwäche kann in Fortfall kommen dadurch, daß wir mehr Männer heranziehen, die vom Beruf unabhängig und instande sind, die Verhandlungen, wenn es nicht anders geht, bis ins Unendliche fortzuführen. Wir haben gehört, welche Summen wir bewilligen müssen. Gewiß war davon nach Lage der Dinge manches zu bewilligen, aber lange nicht soviel, wenn wir unsere Schwäche zur rechten Zeit erkannt hätten. Die wichtigste Frage für uns ist die, ob die Verhandlungen zentral geleitet oder dezentralisiert werden sollen und ob es eine Verbesserung bedeutet, wenn wir sie in die einzelnen Bezirke verlegen. Aber auch dann wird es sich immer darum handeln, daß Personen vorhanden, die bereit und instande sind, weiter bei den Verhandlungen zu sitzen, sonst werden die Verhandlungen immer mangelhaft verlaufen, da die Vertreter der Gegenpartei dabei völlig unbeschränkt sind, sie haben ihre Diäten und zu Hause nichts zu versäumen. Es müssen aber auch auf unserer Seite Persönlichkeiten da sein, die dauernd zugegen sind und Vollmacht haben, die Verhandlungen weiterzuführen, ohne unter der Verantwortung geschäftlicher Schädigungen zu leiden. Mit Recht wurde bei der Gründung unseres Verbandes gesagt: es handelt sich nicht um einen Raumverband wider die Arbeiter, sondern um einen Schuhverband. Diesen Schuh soll durch den Verband das Holzgewerbe aber nicht nur finden nach unten, sondern auch nach oben, und in dieser Beziehung ist doch manches versäumt worden. Die Kraft des Verbandes sollte sich auch in dieser Beziehung äußern, daß die

Behörden, die staatlichen und die kommunalen, die auf die Preise Einfluß üben, ihre Verpflichtung anerkennen, den Stand zu erhalten, der doch den Kern des Staates bildet, und daß sie einsehen, daß Reich und Staat nicht bestehen können, wenn die Gewerbetreibenden unter der Last zusammenbrechen, die ihnen wachsend auferlegt wird. Die heute mitgeteilten Zahlen müssen den Vertretern der Behörden doch klar machen, daß es in dieser Beziehung so, wie bisher, nicht weitergeht. Sie müssen sehen, daß wir uns gerechten Forderungen gewiß nicht verschließen. Nun sollten aber auch auf der anderen Seite die zuständigen Behörden nicht die Einsicht vermissen lassen, wie das z. B. im Waagevertrage nur allzuoft geschicht. Redner weist auf die Bewilligungen der Beamtengehälter und ihrer Verbesserung hin. Der Verband sollte seine Einwirkung auf die Behörde ausüben, daß sie selbstmörderisch handeln, wenn sie die Arbeit nicht so bezahlen, wie es sich gebührt. (Beispiel.) Diese Ausführungen mögen mit der Tagesordnung nur in einem losen Zusammenhang stehen, aber ein Zusammenhang besteht doch. Mit Abmachungen und Verträgen allein ist es nicht getan. Die Buchdrucker haben eine straffste Organisation, aber das Beispiel des Berliner Zeitungskampfes hat gezeigt, daß immer wieder die Verträge gebrochen werden. Unser Kampf für unsere Existenz wird ein vergeblicher sein, wenn nicht die Behörden anerkennen, daß dieser unser Kampf ein Kampf zugleich für Staat und Gesellschaft ist. (Lebhafte Beispiele.)

Schubert-Chemnitz will auf die speziellen Verhandlungen eingehen, wird aber bedenkt, daß diese in die geschlossene Sichtung gehören. Er bittet, in Zukunft die Kommissionen zu gleichen Teilen zusammenzuführen, nicht aber 2 bis 8 Arbeitgeber 5 bis 6 Arbeitnehmer gegenüberzustellen und begrüßt es, daß der Zentralvorstand die Lohnfragen den lokalen Verhandlungen überlassen will.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Rednerliste auf den Rat des Referenten Wrasch-Bremen abgelehnt worden, der ein größeres Maß von Kritik der Verhandlungstätigkeit erhofft, gibt Meyer-Bremen seiner Genugtuung über die Bildung der Gauverbände Ausdruck, in denen die zusammengehörigen Interessen besser gewahrt werden könnten. Nicht gehen bei einem Streit selbst die verheirateten Arbeiter einfach in die nächst gelegene Stadt. Redner erkennt an, daß der Vorstand aus seinen Erfahrungen heraus die besten Schlüsse gezogen habe. Noch sei der ganze Verband zu jung, als daß der Vorstand schon jetzt und sofort wissen könnte, wie es zu machen sei, und so müsse man dem Vorstand für seine Tätigkeit Dank wissen. Dagegen lasse die Einigkeit in den einzelnen Verbänden oft genug zu wünschen übrig. Auch hier werden die Erfahrungen Besserung schaffen. Eine überscharfe Kritik an dem Verhalten des Vorstandes hält Redner nicht für gerechtfertigt.

Stiebel-Düsseldorf kommt auf die Ausführungen Platthens zurück, in denen das künftige Programm im wesentlichen entwidelt, denen aber doch noch etwas ergänzend hinzuzufügen ist.

Der Holzarbeiterverband hat das Bestreben nach dem Reichstarif durchzuführen, weil er lange vor demselben war. Statt des einheitlichen Ablaufs haben wir jetzt vier verschiedene Termine. Zugleich aber ist er auf einem anderen Gebiete gerade im Sinne des Reichstarifs tätig gewesen, indem er das Vertragschema unterteilt. Wie der Holzarbeiterverband sich gegen den Reichstarif stemmt, so wir gegen dieses Vertragschema. Zu anderen Seiten mag ja ein solches Schema angebracht sein, aber in dem letzten Jahre war das Material zu umfangreich und zu verschiedenartig. In den meisten Fällen handelt es sich darum, mit dem Schema die alten Forderungen in besonderen Formen für die Arbeiter durchzuführen. Demgegenüber muß bei den Verhandlungen mit größter

Energie daran festgehalten werden, daß die Grundlage für dieselben nicht das Vertragschema, sondern der bis dahin gültige Vertrag ist. Angesichts der von der anderen Seite erfolgten Ablehnung des Reichstarifs glaube ich, daß wir das Recht haben, so zu verfahren. Was die Wahlverbände betrifft, so dürfen sie nicht etwa auf dem Papier stehen bleiben, sondern sie müssen dazu ausgebaut werden, daß durch sie und in ihnen die Stolzgen regelmäßig in Führung bleiben und nicht nur bei den Vertrags-Verhandlungen solche nehmen. Schließlich gibt Redner den Wunsche Ausdruck, daß auch über die neue Methode bei der Ausführung der Verträge, wie sie in dem Artikel der "Gazette" (Nr. 24 vom 11. Juni d. J.) über die sogen. passive Resistenz dargelegt ist, und die darin liegende Gefahr diskutiert werden möge.

Kleinst-Kassel wendet sich gegen die Annahme, als

wenn die Kommission etwa leichtfertig mit den Geldern umgegangen sei. Sie sei im Gegenteil

sehr schwer und ungern in die hohen Bewilligungen hineingegangen. Aber die Verhältnisse erwiesen sich eben als stärker. Als Mitglied der Kommission habe er die Lehre aus den Verhandlungen gezogen, daß es nicht so weiter gehen könne, sondern daß man versuchen müsse, andere Wege einzuschlagen. Die zu bildenden Gauverbände müssen in den einzelnen Kreisen Führung nehmen. Aber auch dann bleibt noch immer viel Aufregung zu lassen. Zunächst aber muß es sich darum handeln, im Innern zu beginnen, dort Disziplin, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und die Sonderinteressen fortzuschaffen, damit wir uns als Kollegen betrachten und Unterstellungen nicht zu befürchten haben. Das Bedürfnis, sich einer großen Organisation anzuschließen, ist unter den Kollegen vorhanden; es gilt, kraftvoll mitzuarbeiten für die Ausbreitung des Verbandes.

Dittmar-Magdeburg: Es handele sich weniger um eine Kritik der gemachten Fehler, sondern um die Frage, wie in Zukunft verfahren werden sollte. Zum habe Siebel aus dem Herzen gesprochen. Man solle den Gedanken der Gauverbände ausarbeiten und ihnen das Recht geben, in den örtlichen Verbänden die Fragen des Lohnes und des Abschlusses zu verhandeln.

Städtle-Darmstadt bemängelt die mangelhafte Ausstattung der Delegierten zu den Verhandlungen mit Material, namentlich über Lohnverhältnisse. Die Arbeiter bestehen solches in weitestem Umfang, und unsere Delegierten sind dann nicht in der Lage, dagegen aufzutreten. Solches Material müssen diese nicht nur über die eigene Ortschaft, sondern auch über die Nachbarorte bestellen.

Schuldsnecht-Stuttgart: Es ist zu begreifen, wenn man auf unserer Seite nicht zufrieden ist. Es handelt sich nicht nur um finanzielle Opfer, sondern auch um das Vertragsschema.

Die Verhältnisse haben gezwungen, diesmal auch auf die Vorberden einzugehen.

Aber unsere Taktik war nicht die richtige, und die Vorwürfe sind berechtigt. Auf die Fehler und ihre Ursachen wollen wir heute nicht eingehen. Aber es muß den der Kommission gemachten Vorwurf zurückweisen, als ob dort, nachdem man die eigene Sache unter Fach und Fach gebracht, man sich um die anderen Interessen nicht mehr gekümmert habe. In Zukunft müsse man wieder

zu örtlichen Verhandlungen zurückkehren. Nur so seien günstige Abschlüsse möglich. Die Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß es sich um viele Städte mit ganz verschiedenen geographischen Lage und daraus entstehender Verschiedenheit der Interessen handelt, wie Stuttgart, Bremen, Bremen usw., die man unmöglich über einen Stamm scheren könnte und bei denen doch neben den allgemeinen auch viele spezielle Interessen bestanden. Bei allen Verhandlungen ist stets die wichtigste Frage,

wie sich der Nachbarbezirk verhält.

Es kann sich nur um eine Einteilung handeln, die diese Bedingung erfüllt. Die Arbeitnehmer wollen die eine Stadt wie die andere behandeln, obwohl die Verhältnisse doch ganz verschieden liegen und sie z. B. in der Hafenstadt Hamburg an einem Tage mehr verdienen können als in anderen Städten in einer Reihe von Wochen. Zunächst gilt es, den Ablaufstermin gleichmäßig herzuführen, dann kann auch ein zentraler Aufbau der Verträge erfolgen. Den Persönlichkeiten, die ihre Zeit dem Verband widmen, müsse Vertrauen entgegengebracht und sie so gestellt werden, daß sie ihre Kraft für denselben einsetzen können.

Plathen-Berlin weist darauf hin, daß es von den verschiedensten Seiten bemängelt sei, daß nur Mitglieder der beteiligten Städte in der Kommission sitzen und daß daher auch dort eine gewisse Besangenheit herrschen müsse. Diese Meinung war jedenfalls verbreitet, und nur diese habe er zum Ausdruck bringen wollen, nicht aber habe er das als seine eigene Meinung vorgetragen oder gar den Mitgliedern der Kommission einen Vorwurf machen wollen.

Rosenquist-Lübeck wendet sich gegen die Annahme, als ob die Delegierten mit den einschlägigen Verhältnissen nicht vertraut seien.

Der Vorsitzende Mahardt resümiert die Ergebnisse der Debatte dahin: Wenn Helmholz sage, keine zehn Pferde brächten seinen Verband wieder zu zentralen Verhandlungen, so vergesse er zu sagen, wie es denn gemacht werden solle, wenn die Verhandlungen dezentralisiert werden und man auch dann nicht zu einer Einigung gelange. Will man dem Vorstande dann die Gewalt geben, zu bestimmen, was dann werden soll? Was soll geschehen, wenn wir nach dem Vorschlag von Dittmar über Lohn und Ablaufstermin örtlich verhandeln lassen und dort so weit gegangen wird, daß die anderen nicht mehr mitkommen können? Alle Kritik hat doch immer nur dann Sinn, wenn sie zu einer Besserung der Verhältnisse führt. — Helmholz sagt, so gehe es nicht weiter. Dem stimmen wir im Vorstande durchaus zu. Aber dann muß ich Ihnen das Wort durfzen:

Tut Geld in Euren Beutel! Wer diese notwendige Konsequenz nicht zieht, dem fehlt allerdings noch so gut wie alle Einsicht! Wie mir von den Wiener Herren soeben mitgeteilt wird, ist dort

der zweifelgäfache Beitrag der Mitglieder als Konventionalstrafe

festgesetzt. (Hört! hört!) Derartige Mittel haben wir nicht. Sie sehen, wie schwer es ist, die verschiedenen Interessen von Süden mit ganz verschiedener Lage, von groß und klein zusammenzubringen. — Kann aus Elberfeld bemängelt die Verhältnisse in Bremen. Ich kann versichern, daß wir es niemals haben fehlen lassen an Bemühungen, die unnatürlichen Verhältnisse in den zwei räumlich wie wirtschaftlich eng zusammenhängenden Städten ein Ende zu machen. Der Fehler standt aus der Zeit, da es noch keine Organisation unter uns gab. Selbstverständlich geht es nicht an, daß auf die Dauer in zwei Städten, die nur durch eine Brücke über die Lippe getrennt sind, hier eine Arbeitszeit von 52 und dort von 54 Stunden besteht.

— Walter ist zu erwarten, daß selbstverständlich Disziplin sein muß; wie wir das Verhalten der Gegner in Bremen und Breslau verhindern, so verwerfen wir auch die Disziplinlosigkeit, wo sie sich in unseren Reihen zeigt.

Die Vorwürfe gegen die Kommission und deren Mitglieder sind entschieden zurückzuweisen. Am Gegenentwurf dienen sie für die von ihnen gebrachten großen Anstrengungen sowohl geistigen wie körperlicher Art unseres größten Dankes.

— Gercke hat recht: die Möglichkeit trifft nicht den Verband, sondern die Verhandlungsart. Er hat auch recht, wenn er den Nachteil hervorhebt gegenüber einem Verband, der 22 bezahlte Beamte in seinem Zentralverband und in seinen Gaubürostehern zur Verfügung hat, die nichts weiter zu tun haben, als darauf zu sinnen, wie sie

Vorteile für ihre Leute herausschlagen können.

Diesen Vorträgen des Holzarbeiterverbandes, zu denen die höchsten und gewieitesten Köpfe ausgewählt werden, haben wir nur Leute entgegenzusehen, die ehrenamtlich tätig, alle vier Jahre einmal zu den Verhandlungen kommen und dann wohl ihre ganze Kraft einzubringen, aber doch unmöglich den Überblick über alle einschlägigen Verhältnisse haben können. Wer auf dem Boden des Rechts und seiner Überzeugung steht und weiß, daß er alles getan hat, was geschehen könnte, den kann eine Kritik, mag sie auch schärfer sein, nicht belämen. Wie wir Ihnen die Verhältnisse geschildert haben glauben wir, daß das mögliche geschehen ist. — Das Vertragsjahr hat Siebel mit Recht bemängelt, und ebenso richtig hat er als die

Voraussetzung für dasselbe den Reichstag

eingestellt. Die Bildung zusammenhängender Wirtschaftsgemeinde mit gleicher Lohn und Ablaufstermin wünschen wir sehr. Den Vorschlägen von Krieger, zunächst am eigenen Orte alles zu organisieren, ist beizupflichten. Aber das ist nicht alles von Berlin aus zu machen mit den wenigen uns zur Verfügung stehenden Kräften. In Berlin haben wir es durchgeführt und alle Branchen organisiert: die Möbelsticker, die Baulieder, die Ladenbrände, die Fräser, die Gruppe Innenausbau, die Bildhauer, die Modelsticker, die Tischbrände, die Rahmenmacher, die Treppenfabrikanten, die Stofffabrikanten, die Kistenmacher, die Goldlaufenfabrikanten. Das sollte anderthalb ebenfalls auf Grund der Kenntnis der einheimischen Verhältnisse geschehen. Wenn uns die Adressen gegeben werden, sind wir gern bereit, die erforderlichen persönlichen Verbindungen zu veranlassen und dazu auch unseren Herrn Hobbe zur Verfügung zu stellen. — Die Anregung Sächsels wegen Beschaffung des nötigen statistischen Materials ist bereits Gegenstand der Erwähnung.

Nachdem Brüggemann sich und seine Magdeburger Kollegen als steifstadiig bekannt und unter der Heiterkeit der Versammlung der Meinung Ausdruck gegeben, daß Nahardt sehr zufrieden sein werde, wenn er lauter solche steifstadiige Leute hinter sich habe, ist die Rednerliste erledigt und das Schlusswort erhält als Referent

Braich-Bremen: Er habe eine weit aus stärkere Kritik erhofft und daher nur nötig auf einige Bemängelungen einzugehen. Der Referent weist dieselben an der Hand der Protokolle zurück und weist ebenfalls auf den Mangel an Arbeitskräften und die Notwendigkeit hin, mehr bezahlte Kräfte aus dem praktischen Leben heranzuziehen.

Der Verschiedene Nahardt: Wir sind am Schlusse der Gründung angelangt, durch die wir namentlich auch den verehrten Ehrenbürgern einen Einblick in unsere durch die ungünstigen Lohnsteigerungen gestalteten Verhältnisse geben zu haben. Man mag sich zu dem Gedanken der Tarifverträge stellen, wie man will, man mag auch noch so sozialpolitisch fortgeschritten sein, das wird man zugeben müssen, daß uns

bei jedem Vertragsablauf ungeheure Forderungen erwachsen, die uns die Preisgabe unserer Selbstständigkeit androhen. In diesem Zusammenhang wird man auch die von den verschiedenen Rednern zum Ausdruck gebrachten Sorgen verstehen, wo hinaus das alles noch will! Die Buchdrucker haben einen Vertrag auf zehn Jahre mit der Möglichkeit, alle fünf Jahre durch das Tarifamt über eine Erhöhung der Löhne zu verhandeln. Wir stehen alle drei, vier Jahre von neuem vor der Frage, was die neue Verhandlung bringen wird. Es ist uns unmöglich, mit den Forderungen gleichen Schritts zu halten. Mit genug kann es betont werden: unser Verstand ist nicht dazu da, die Löhne zu drücken, sondern um uns die Erhöhungsmöglichkeit zu erhalten. Als Arbeitgeberstand er schöpft er stets alle Versuche, um dieses Ziel freiwillig zu erreichen. Aber es kommt die Zeit, da wir wirklich nichts mehr zu bewilligen haben! Da brauchen wir eine Organisation, die durchdringen ist von dem Geiste der Kollegialität. (Sehr richtig!) Da muß der einzelne mit seinen Interessen zurücktreten vor der Allgemeinheit. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, werden immer wieder die Sorgen da sein! Noch leichter ist an dem Bewußtsein: wir sind keine Konkurrenten, ob groß oder klein, wir haben alle denselben Stand und alle gemeinsam zu kämpfen für unsere Existenz! Gut wenn dieses Empfinden in treit aus höherem Strafe sich durchgesetzt hat, kommen wir über die Sorgen hinaus, mit denen wir zu tun haben. (Lebhafte Zustimmung.) Damit erkläre ich nun mehr die Sache über diesen Punkt der öffentlichen Tagung für geschlossen.

Nachdem sich die Generalversammlung mit der Maifeier beschäftigt und hierzu den allen Besuch zu jederzeit hatte, die Maisterenden auf drei Tage auszusperren, wurde als besonderer Punkt der Tagesordnung die "passive Resistenz" behandelt. Hierüber berichtet die Fachzeitung folgendermaßen:

Siebel-Düsseldorf verweist auf den Artikel der "Fachzeitung" vom 11. Juni d. J., in welchem unter der Überschrift "Zukünftige Klämpe" auf die sog.

passive Resistenz

hingewiesen, ihr Wesen auszelnandergesetzt und dargelegt war, wie trotz aller schönen Verträge dem Arbeitgeber das Leben durch eine Methode erschwert wird, die von Österreich und von Frankreich her um sich greift. Dieser Artikel der "Fachzeitung" ist im Rheinisch-Westfälischen Verband beprochen, und es ist als mühenswert bezeichnet worden, die Ansichten darüber auszutauschen und darüber eine Verständigung herbeizuführen, umwelt eine böswillige Verlangsamung der Arbeit und eine Verschlechterung der Arbeitszelegenheit zu bekämpfen wäre. Diese Frage gehört zweifellos zu den Differenzen aus den Verträgen und zur Vertragskette. Es ist das durchaus keine Scharfschärferei, wenn verlangt wird, daß die Verträge dem Wortlaut und dem Sinne nach freudurchgeführt werden. Dafür ist diese passive Resistenz nicht im Sinne der Verträge. Nach diesen haben wir das Flecht für unser gutes Geld auch zu beanspruchen, daß gute Arbeitsleistung stattfindet und nicht etwa die

Akkorde in die Länge gezogen

oder dergleichen Dinge getrieben werden. Redner weist auf einen neuen Trick hin, den sogenannten Platzbojkott. Da bittet z. B. ein Maschinenschreiner um Lohnerhöhung; wird dieselbe beihilft, so kommt einer noch dem anderen mit der gleichen Forderung. Wird nicht beihilft, so hört der Arbeiter auf und sein Platz kommt unerwartet eine geheime Sperrung. Der Holzarbeiterverband hat auf Vorhalten das Bestehen einer solchen Methode in Abrede gestellt und ein Einschreiten abgeschlossen. Ein solches Verhalten kommt auf Vertragsuntreue hinaus. Unter die mangelnde Vertragskette fiel auch der Streit bei den Delegierten von Bremen und in Breslau zu einer Zeit, da die Betriebsleiter sich in den Berliner Vertragsverhandlungen für die Allgemeinheit opfertern. Die passive Resistenz ist eine vollkommen anarchistische Sache, die absolut abzuweisen ist. Redner verweist ferner auf das völlige Fatale, welches der Gedanke der "Konstitutionellen Fabrik" gemacht hat sowie auf die mehrfach dokumentierte Auffassung des Holzarbeiterverbandes über die Verträge, die derselbe lediglich als Waffenstillstand betrachtet. Es ist daher notwendig, daß wir uns stets enger zusammenziehen. (Lebhafte Beifall.)

Giech-Königsberg führt Fälle an, in denen Leute aus dem Verband momentan ausgetreten seien, um gegen einzelne Werkstätten vorzugehen.

Plithen-Berlin schließt sich den Ausführungen Siebels an, daß die passive Resistenz gegen den Vertrag verstoße. Dort, wo sie getrieben werde, würden daher die Verträge in sich zusammenfallen. Wenn wir einem Arbeiter für seine Leistung 30 Mk. zahlen und er verändert dieselbe so, daß sie nur noch 10 Mk. wert ist, so verstoßt er gegen Treu und Glauben und wir mit solchen Mitteln kämpfen, verstoßt gegen den Vertrag und hebt denselben seitens des Arbeitnehmers auf. Wir wollen hoffen, daß diese Methode in Deutschland keine Nachahmung findet. Wenn man aber von der anderen Seite "auf die Verträge pfeift", sind auch wir nicht an dieselben gebunden. Die Vertragskette muß eben auf beiden Seiten gelöst werden.

Der Vorsitzende Nahardt weist darauf hin, daß im laufenden Jahre in Berlin eine außallend große Zahl von Arbeitseinstellungen in vertragswidriger Art vorgenommen seien. Sie sind alle nur von kurzer Dauer gewesen, aber der Holzarbeiterverband hatte doch Mühe, seine Leute wieder in die Betriebe hineinzubringen. Diese Arbeitseinstellungen ohne vertragsmäßige Anrufung der Schlichtungskommission hatten einen falschen Ursprung angenommen, daß der Zentralvorstand sich an denjenigen des Holzarbeiterverbandes um Hilfe wenden müsste, worauf die Sache nachgelassen hat. Aber auch daraus ist zu erkennen, daß der Vertrag selber nicht unbedingt gegen Willkürfreiheiten schützt. Die Zukunft der Verträge wird davon abhängen, ob die Gegenseite Macht und Einfluß genug auf ihre Mitglieder besitzt, sie zur Einhaltung der abgeschlossenen Verträge zu erziehen.

Jurist-Lessau erklärt ebenfalls die Vertragskette als unbedingte Voraussetzung für den Wert der Verträge. Die passive Resistenz sollte man in ihrer Entwicklung aufmerksam verfolgen. In manchen Betrieben sind schon derartige Manipulationen bemerkt worden. (Büttmung.) Auffallend ist, daß gerade in der Hochsaison die Leistungen oft nachzulassen pflegen, während kurz bevor die Zeit kommt, da Forderungen gestellt werden, die Leistungen weit größer werden. Jedenfalls ist die Verweigerung der vollen Arbeitsleistung bei Ausspruchnahme des vollen Lohnes als Vertragsbruch anzusehen. Wenn man die Waffe der passiven Resistenz anwendet, wird von unserer Seite auf Gegenmaßregeln Bedacht genommen werden müssen. In solchem Falle wird eben das Ideal, daß uns als Arbeitnehmern vorliegt, durch Verträge zur Ruhe und zum Frieden zu kommen, in Frage gestellt. Dann gerade ist uns eine straffe Organisation unbedingt nötig.

Barth-Zittau weist darauf hin, daß wir ja schon die passive Resistenz bei der Herstellung neuer Muster haben, bei denen der Stundenlohn garantiert ist.

Miers-Köln erörtert einen Fall, in dem ein Geselle vertragswidrig an das Gewerbege richt gegangen ist, ohne daß die Leitung des Holzarbeiterverbandes dagegen eingeschritten sei.

Der Vorsitzende Nahardt weist auf die neuerdings von dem Berliner Amtsgericht getroffene Entscheidung hin, nach welchem die Streitigkeiten aus dem Vertrage nicht eher an das ordentliche Gericht gebracht werden dürfen, bis die sämtlichen Instanzen aus dem Vertrage

erschöpft sind, und daß, wenn eine Partei sich der Entscheidung dieser Instanzen (Schlichtungskommission und Einigungsamt) widersetzt, die Vollstredung der Beschlüsse durch das ordentliche Gericht erfolgen kann.

Siebel-Düsseldorf macht schließlich noch auf die Wichtigkeit der Zusammensetzung der Gewerbegerichte aufmerksam und auf die Notwendigkeit, daß die Arbeitgeber bei den Wahlen zu diesen Gerichten ihre Pflicht tun.

Erwähnenswert ist noch die Auseinandersetzung der Unternehmer aus Worms, daß die dort streitenden Tischlergesellen in den benachbarten Städten Einsicht finden, und daß insbesondere die Hamburger Tischlermeister dort ihre Werbetätigkeit ausüben. Von Vorstand wird darauf mitgeteilt, daß er wegen des Vorgeheims der Hamburger Tischlermeister bereits beim Verein Deutscher Arbeitgeberverbände Beschwerde geführt habe. Sollte kein Mandat eintreten, dann würden gegen die Hamburger Vergeltungsmaßnahmen geübt werden müssen.

Wir beschränken uns für heute auf die bloße Wiedergabe des Berichts. Zu demselben wird ja noch mancherlei zu sagen sein, und wir werden nicht verschleiern, auf den Gegenstand zurückzukommen.

Soziales.

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Der Gewerkschaftscongres in Dresden hat bekanntlich die Vereinbarungen, welche die Generalkommission mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffen hat, seine Zustimmung erteilt. Die Grundgedanken dieser Vereinbarung sind in den nachstehenden Resolutionen niedergelegt, die vom Kongress angenommen wurden.

1. Resolution betreffend die Behandlung der Heimarbeit.

Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten, wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohnräume, modifiziert die Arbeitersklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungeeigneten Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem furchtbaren Herd aller Auseinandersetzungen, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumen von Heimarbeitsprodukten sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Nebenjob zur geregelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen.

Sowohl die Herstellung der Nahrungsmittel durch die Hausindustrie in großer Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohnräume, modifiziert die Arbeitersklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungeeigneten Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem furchtbaren Herd aller Auseinandersetzungen, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumen von Heimarbeitsprodukten sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Nebenjob zur geregelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen.

Über Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Secretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für ständige Klärung in Arbeit- und Gewerkschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt werden, die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugssquellen gewarnt und in der Erschließung geeigneter Bezugssquellen unterstützt werden.

2. Resolution betreffend die Behandlung der Strafanstaltserzeugnisse.

1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltarbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafanstaltserzeugnisse vom freien Wettbewerb und der Überzeugung der Produktion in Strafanstalten auf Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Betriebsverwaltungen in eigener Regie somit im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konsums bringend geboten.

Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Ausschluß von Strafanstaltserzeugnissen hinzuwirken.

2. Die Vorstände der Konsumvereine werden eruchtet, bei ihren Warenentitäten und Bestellungen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten angesetzt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen oder Strafanstaltserzeugnisse in Betrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Bestreben durch Mainfestmachung solcher Firmen zu unterstützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse wird erwartet, daß sie die Mitgliederkreise und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltarbeit aufklärt.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse dringend eruchtet, bei allen Einkäufen, wo es auf sei, Strafanstaltserzeugnisse stets zurückzuweisen.

3. Resolution betreffend Anrechnung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaufträgen und Vergabe von Arbeiten.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Lieferungsaufträgen sowie bei Vergabe von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anerkennen.

Soweit schriftliche Werlverträge über die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Kontrakte eine Klausel einzuführen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaften und die zwischen diesen und den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen.

4. Resolution betreffend die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder.

Der Gewerkschaftscongres zu Dresden verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluss des Kölner Gewerkschaftscongres (1905), die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen sowie durch Propagierung der genossenschaftlichen Idee aufzurütteln zu unterstützen.

Der Kongres erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-auslärende Vorträge in den Rätsalen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Nachpresse sowie durch Druckschläge in ihren Verkaus und Erscheinungsstätten die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltig zu unterstützen.

Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirks sind die artlichen Gewerkschaftsräte verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftern zu gleichen Zeiten bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftsräte können außerdem für Verträge und Druckschläge sorgen. Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder und über das Fortbleiben der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikation am Orte wirken."

5. Resolution betreffend Verhängung von Boholots.

Ein gewerkschaftlicher Boykott darf nur dann über die Vereinheiten der Konsumvereine verhängt werden, wenn ersteren von dem Vorstande der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verhängung des Boykotts eingeholt worden ist, und wenn zweitens die von der Generalkommission ausfuhrende Vermittlung des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zur Beilegung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Neben die Aushebung eines Boykotts ist von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sofort in Kenntnis zu setzen, damit er den Genossenschaften eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen kann."

6. Vereinbarung einer Stellungnahme zu der Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften.

Es wird anerkannt, daß nach dem Grundsatz der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Mächten hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großmarktgessellschaft deutscher Konsumvereine und, soweit bedruckte und unbedruckte Papierwaren und Papier in Frage kommen, der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine ist. Die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften kann daher nur gut geheißen werden, wenn es sich handelt:

1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bereichs zur gemeinsamen Produktion, bezw. zur Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktivgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;

2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (sogenannte Arbeiterproduktivgenossenschaften) durch eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solches häufig nach erfolglosen Streits vor kommt; und wenn die Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Großmarktgessellschaft Deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt.

Arbeiterproduktivgenossenschaften, die ohne dieses Einvernehmen gegründet wurden, sind lediglich als privatunternehmungen zu erachten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.

Die Generalkommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Aussichten auf Erfolg gewährt, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, das heißt, wenn einerseits für eine sachmäßige Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossenschaften dringend abzuraten.

Die Großmarktgessellschaft Deutscher Konsumvereine und die Genossenschaften dagegen verpflichten sich, ebenfalls nur dann, wenn die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, mit neu errichteten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Geschäftsverkehr zu treten. Ebenso verpflichten sich die Vorstände der Revisionsverbände, nur unter diesen Voraussetzungen neuerrichtete industrielle Arbeitsgenossenschaften als Mitglieder in ihren Verbänden aufzunehmen."

s. Der "Schuhverband gegen die Nebengesetze der Abstinenzbewegung" will jetzt mit erhöhter Energie gegen diese nach seiner Meinung sehr "schädlichen" — nämlich für den Geldbeutel gewisser Leute — Bewegung vorgehen. Nach einem von ihm herausgegebenen Bericht auf das Jahr 1910 zählt er 430 Brauereien zu seinen Mitgliedern, die 75 000 Mark Jahresbeitrag zahlen. Der verhältnismäßig geringe Teil dieser Summe kam erklärlicherweise auf Bayern. Dabei sei daran erinnert, daß gerade in dem Bierland Bayern die Menscheneppe, die der Alkohol fordert, am größten sind. Nach einer Berechnung des Reichsanwalts Hötter in Landshut a. R. sind in dem Zeitraum von 1887 bis 1908 in Bayern 3402 Fälle von Mord und Totschlag, die sind 90 Proz. der gesamten derartigen Verbrechen, auf Rechnung des Alkoholmissbrauchs zu sezen. Dazu kommen noch 2407 Todesfälle an Säuferwahnern, 1573 tödliche Unfälle infolge von Trunkenheit, 1037 Selbstmorde aus denselben Gründen usw. Im Durchschnitt haben 1000 Bayern im Gefängnis, die über die Verbrechen nachzudenken haben, die sie im Blaue beginnen. Trotz alledem findet der genannte Schuhverband den "Mut", nunmehr durch Zeitungsberichte, Ausstellungen mit statistischen Tafeln, Wanderprediger usw. die Unwichtigkeit des Trunks vorzudenken. Eine große — natürlich nationale — Zeitung sei ebenfalls gewonnen. Ein Einfluß auf Behörden, Lehrer und Clerge wird angestrebt.

Der Gewerkschaftscongres zu Dresden verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluss des Kölner Gewerkschaftscongres (1905), die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen sowie durch Propagierung der genossenschaftlichen Idee aufzurütteln zu unterstützen.

Der Kongres erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-auslärende Vorträge in den Rätsalen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Nachpresse sowie durch Druckschläge in ihren Verkaus und Erscheinungsstätten die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltig zu unterstützen.

Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirks sind die artlichen Gewerkschaftsräte verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftern zu gleichen Zeiten bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftsräte können außerdem für Verträge und Druckschläge sorgen. Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder und über das Fortbleiben der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikation am Orte wirken."

5. Resolution betreffend Verhängung von Boholots.

Ein gewerkschaftlicher Boykott darf nur dann über die Vereinheiten der Konsumvereine verhängt werden, wenn ersteren von dem Vorstande der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verhängung des Boykotts eingeholt worden ist, und wenn zweitens die von der Generalkommission ausfuhrende Vermittlung des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zur Beilegung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Neben die Aushebung eines Boykotts ist von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sofort in Kenntnis zu setzen, damit er den Genossenschaften eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen kann."

6. Vereinbarung einer Stellungnahme zu der Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. ist der 28. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit ungültig erklärt:

1700 Ernst Hild, Belluloidarb., jugendl., geb. 13. 8. 98 zu Poppelnweiler.

35792 Josef Küßner, Tischler, geb. 14. 8. 78 zu Ebersheim.

147775 Franz Krause, Tischler, geb. 7. 11. 78 zu Naumburg.

195136 Rob. Reich, Gläserischer, geb. 16. 11. 83 zu Eisenberg.

227175 Herm. Schwabe, Tischler, geb. 17. 2. 87 zu Kreuzen.

232386 Otto Goet, Tischler, geb. 26. 11. 88 zu Deutsch-Krone.

301842 Peter Oberheidt, Tischler, geb. 24. 5. 73 zu Linn.

390363 Emilie Lubinski, Vergolderin, geb. 20. 8. 02 zu Egels.

400185 Herm. Wöhne, Modelltischler, geb. 17. 7. 72 zu Deutsch-Katharinenberg.

540792 Wilh. Rohr, Tischler, geb. 19. 5. 87 zu Windhheim.

541028 Albert Krippner, Klavierarbeiter, geb. 29. 6. 88 zu Adorf.

Vorl. C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. Im Auftrage einer Mitgliederversammlung des Bezirks Osten III. werden wir ersucht, im Hinblick auf den Bericht des Kollegen Schleicher-Stuttgart über seine Agitation im Gau Berlin folgende Zeilen zu veröffentlichen: Kollege Schleicher erklärt in seinem Bericht über die Versammlung in den Prachtälen, er habe die Diskussion nicht über den Durchschnitt der Aussprache in anderen Rätsalalen gefunden und sei sehr enttauscht gewesen. Hierzu möchten wir bemerken, daß der Kollege Schleicher diese ihm unliebsame Diskussion selbst herausbeschwert hat, indem er in seinem Referat, die in Süddeutschland übliche Hofsängerei verteidigte und nach einigen Zwischenrufen sagte: "Wenn jemand von Ihnen in die Lage käme, so würden Sie eben auch zu Hofe gehen." Durch diese Ausführungen entstand die Diskussion. Nun könnte ja Kollege Schleicher in einem Schlusssatz auf diese Diskussion erwidern, aber er tat es nicht, sondern verzichtete auf das Schlusssatz.

Berlin. (Vergolder.) In der letzten Vertrauensmännerversammlung wurde u. a. die Frage des Arbeiterschafts ausführlich behandelt. Als wir vor einem Jahre den Beschluss faßten, daß Unschauen strikt einzustellen, wurden Zweifel laut, ob es für Berlin möglich sei, diesem Beschluss volle Weltung zu verschaffen. Berlin ist der Hauptpunkt der Vergoldereien. Wenn ein Kollege arbeitslos wurde und nichts Beschäftigung fand, so kommt er nach Berlin, um hier unterzugehen. Dabei nach fast einsähriger Praxis, kann man wohl behaupten, daß die Vergolder auf die endliche Regelung der Arbeitsvermittlung in Berlin stolz sein können. Abgesehen von einigen Maßnahmen, die wir den betreffenden Arbeitgebern gehören, und die es auch immer geben wird, ist die Haltung der Kollegen geradezu musterhaft. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinweisen und warnen, daß Kollegen ohne jegliche Mittel nach hier kommen in dem Glauben, sofort Arbeit zu erhalten. Jeder Arbeitslose muß mehrere Wochen warten, bis er mit seiner Nummer in der Arbeitsvermittlung an der Reihe ist. Es ist leider vorgesehen, daß reisende Kollegen nach hier kommen und in ihrer Notlage glauben ein Recht zu haben, ohne Benutzung des Arbeitsnachweises in Arbeit treten zu können. Wir bringen deshalb diese Mitteilung, um unsere Kollegenschaft vor Missgeschicken zu schützen.

Brandt i. S. Seit circa einem Jahr haben bei der Firma Erzgebirgische Holzindustrie A. G. fast sämtliche Meister gewechselt, vor kurzem auch der Betriebsleiter. An dessen Stelle ist am 1. Juni ein Herr Antl. bisher Meister in Frohburg getreten. Die Arbeiter haben wirklich keinen Grund, den abgängigen Herren Tränen nachzuweinen. Aber mit Herrn Antl. sind sie aus dem Regen in die Traufe gekommen. Vom ersten Tage an tritt er in einer Weise auf, die einem schneibigen Unteroffizier alle Ehre machen würde. Trotz seines kurzen Dienstes steht er schon mit der Arbeiterschaft sowie mit den Meistern, welchen praktische Kenntnisse und Erfahrungen nicht abzusprechen sind, auf dem Kriegsfuß. Obwohl er selbst einstieß, daß bisher zu wenig verdient worden ist, will er dennoch die Allordpreise, welche längst ausdifferenzierungsbedürftig sind, bedeutend senken. Er will zwar neue Arbeitsmethoden einführen, doch weiß man noch nicht, wie sich dieselben bewähren, und auf Versprechungen können die Arbeiter nicht eingehen, da sie schon zu viel geschädigt worden sind. Herr Antl. bemüht sich, von auswärtigen Leuten zu bekommen, jedenfalls um die hiesigen hinzubringen zu können. Wir wissen wohl, daß ein anderer Herr dahinter steht, welcher der bisher geübte Drill gegen die Arbeiter noch nicht genügt. Doch auch dieser Herr mag bedenken, daß allzufast schadig macht. Braucht die Firma Leute, so braucht sie nicht nach auswärtigen zu gehen, es sind in der Nähe gute Arbeitskräfte zu haben, wenn sie anständig behandelt und entlohnt werden. Wie die Dinge aber jetzt liegen, ersuchen wir die Kollegen, ehe sie anfangen, bei der Ortsverwaltung anzufragen.

Dortmund. Ein empfehlenswerter Betrieb ist die Dortmunder Pfaaffowaren-Fabrik C. m. b. H. Es werden riesige Löhne gezahlt, erreicht doch der durchschnittliche Arbeiterdienst der Arbeiterschaft 70 bis 100 Pf. pro Tag. In der Fabrikarbeit wimmelt es von Strafandrohungen und diese stehen nicht nur auf dem Papier. Bei jeder Kleinigkeit wird gestraft und nicht selten ohne Angabe des Grundes. Nach der Fabrikordnung sollen die Strafgelder zu Weihnachten an dieselben Arbeiter gleichmäßig verteilt werden, welche mindestens ein Jahr in der Fabrik beschäftigt sind. Am letzten Jahre waren vier Arbeiterinnen so glücklich, je 2 Pf. zu erhalten. Dabei erreichen die verhängten Strafen manchmal 2 bis 8 Pf. wöchentlich. Der Wunsch der Arbeiter ist daher begreiflich, einen Nachweis über die eingegangenen Strafgelder und ihre Verwendung zu erhalten. Die neueintretenden Arbeiterschaft müssen nicht nur die Arbeitsordnung durch Unterschrift anerkennen, sondern daneben noch einen Nevers unterschreiben. Während aber die Arbeitsordnung die Kündigung ausschließt, schreibt der Nevers eine 14 tägige Kündigung vor. Außerdem heißt es in dem Nevers, daß der Lohn für die erste Woche 8 Wochen lang stehen bleibt und hört die Arbeiterin in dieser Zeit auf, dann kann sie den Lohn für die ersten 8 Tage nicht verlangen. Es wäre zu wünschen, daß die Gewerbeinspektion diese Dinge einmal ein wenig untersucht. Von besonderem Vertrauen der Firma zu der Arbeiterschaft zeugt es gerade nicht, daß vor Arbeitschluss die Fabrikuren geschlossen werden, so daß die Arbeiterinnen den Ausgang durch das Bureau nehmen müssen. Dafür müssen sie aber am Bahnhof bei jedem Weiter im Hofe stehend ihren Lohn erwarten. Erfreulicherweise hat nun ein Teil der Beschäftigten den Weg zur Organisation gefunden. Wenn auch die übrigen dem Beispiel folgen, wird es nicht schwer, menschenwürdige Zustände in dem Betrieb zu schaffen.

Kulmbach. Endlich ist es auch hier gelungen, eine Rätsal zu eröffnen. Als Bevollmächtigter fungiert Kollege Adam Neith, Schreiner, Florentgasse 44. Arbeitsnachweis und Meisterunterstützung abends von 7-8 Uhr in der Restauration "Zur Hopfenblüte", Kronenstraße 45. Aufgabe der Kollegen muß es nun sein, für den Ausbau der Rätsal zu sorgen, wenn jeder in der Agitation seine Schuldigkeit tut, werden wir auch in dieser uns so schwer zugänglichen Gegend weitere Fortschritte machen. Wir ersuchen die Kollegen, die in der Umgebung von Fulda in Arbeit treten, sich der Rätsal anzuschließen.

Gelse i. Ost. Die Firma Gebr. Faloben, Stuhlfabrik in Nordhastedt hat sich in letzter Zeit durch Anserate in der "Holzarbeiter-Zeitung" bemüht, Arbeiter, insbesondere Verkäufer, nach dort zu ziehen. Die Kollegen seien deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma ihren Arbeitern Wohnungen zu einem exorbitant hohen Preis aufzudrängen sucht. Letzter kommt es auch vor, daß unter der Arbeiterschaft Musterung gehalten wird, wobei unökonomische Elemente auf die Straße gelegt werden. Da überdies die Löhne sehr bescheiden sind, ist es kein Wunder, wenn der Betrieb einem Taubenschlag gleicht. Zum Beispiel nimmt auch der Werkführer, ein fischer Betriebsmann, jede Gelegenheit wahr, die Kollegen zu schikanieren. Es empfiehlt sich daher, den Arbeitsangeboten der Firma gegenüber die nötige Vorsicht zu üben.

München (Märtierarbeiter). Die Firma Gerdig, Holzpfanfabrik, erklärte im lebenslängigen Handelskammerbericht, daß es sehr schwer falle, alte, tüchtige und eingearbeitete Arbeiter zu erhalten. Nach dieser Stellung der Firma müsse man der Meinung sein, daß sie ein Interesse daran habe, ihre alten und tüchtigen Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Der Werkmeister Helbig, eine Null in Fachkenntnissen, aber eine Größe im Arbeiterschikanieren, versucht mit allen Mitteln die alten Leute aus dem Betrieb zu entfernen und einen neuen Boden zu legen. In den letzten 2 Jahren sind über 6 Arbeiter, welche 8 bis 18 Jahre in der Fabrik zur Zufriedenheit arbeiteten, und ihr redlichstes betrugen, daß die Firma zum heutigen Ansehen gelangte, entweder entlassen oder so schikaniert, daß sie gern den Betrieb verließen. Kollegen, welche aus ihrer Verbundsläufigkeit kein Hehl machten, und auf Einhaltung tariflicher Bestimmungen achteten, mußten aus dem Betrieb hinaus, und können die Kollegen schon ein Ende davon wissen, wie ein kommerziell ländlicher Fabrikbetrieb alte und tüchtige Arbeiter ehrt und schätzt. Oder sind die "Kerle" (Beteiligung der Arbeiter von Seiten des Kommerzienrats) wegen Unzulänglichkeit entlassen worden? Gegenwärtig werden in den verschiedensten Blättern tüchtige Arbeiter gesucht, und dabei mit Stundenöhnen bis zu 75 Pf. renommiert, während die alten eingearbeiteten Pusser und Polierer nur durch intensive Ablösearbeit auf 80 bis 70 Pf. kamen. Wir möchten den Kollegen raten, bevor sie Arbeitsangebote von der Firma annehmen, sich erst bei der Ortsverwaltung oder bei dem Sektionsvorstand, Kollegen Herm. Scholz, Hirschbergstraße 1, zu erkundigen, um vor unliebsamen Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

Schwaderbach. Eine Stunde von Klingenthal liegt jenseits der grünweissen Grenzfähre, an Bergabhängen zerstreut mit rund 500 Häusern, in einem Umkreis von ungefähr 2 Stunden, das böhmische Dorf Schwaderbach. Gezwungen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, müssen von der zahlreichen Arbeiterschaft bald 200 Arbeiter in der Klingenthaler Musikinstrumentenindustrie ihren Beruf suchen und somit das wirtschaftliche Elend der dortigen Arbeiterschaft noch vergrößern helfen. Gleich ihren Berufskollegen in der Umgegend ist der größere Teil der Arbeiter der gewerkschaftlichen Bewegung abgesetzt. Trotzdem versucht das kleine Schüpflein unserer Kollegen fortgesetzt alle noch fernstehenden für unseren Verband zu gewinnen. Am Sonntag, den 2. Juli, fand eine Versammlung mit einem Referat des Kollegen Scheffler-Schönheide über "Der Arbeiter im Kampfe ums Dasein" statt. Neben 18 Mitgliedern waren 10 Unorganisierte erschienen, von denen 8 ihren Beitritt erklärt. In der lebhaften Debatte sprach auch einer der Neugekommenen und schilderte in heredten Worten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und warum er sich nicht schon früher organisiert hat. Ich habe, führte er aus, wie viele Hunderte meiner Berufskollegen gehofft, daß eine Besserung unserer Verhältnisse doch einmal kommen müsse. Von Jahr zu Jahr haben wir gewartet; es blieb alles beim alten. Nun heißt es eben, organisieren und mit Hilfe der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen. Mögen nun alle Kollegen zu dieser Erkenntnis kommen und rüstig an der Arbeit des Verbandes mithelfen.

Selbstst. b. Bremerhaven (Mörbimache). Die seit mehreren Monaten außergewöhnlich schlechte Konjunktur in Verbindung mit dem Indifferenzismus und Egoismus der zu zwei Dritteln hier unorganisierten Körbner machen die Schuld an den unwürdigen und schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Während unsere Wulsdorfer Kollegen unter manchen Entbehrungen einen 18monatigen Kampf führten, um den alten Lohn aufrechtzuhalten, arbeiten hier die Körbner zweier Werkstätten (Ullmann und Höfers) bei 12-13stündiger Arbeitszeit 4-5 Pf. pro Stück billiger als nach dem vom Verband festgelegten Tarif und erschweren so den Kampf ihrer Kollegen. Leider hat sich auch ein Verbandskollege gefunden, namens Paul Prautsch aus Gr.-Corberha, der da glaubte, nicht Besseres tun zu können, als in einer der gespernten Werkstätten zu arbeiten. Auch in der Wulsdorfer Werkstatt herrschen miserablen Verhältnisse. Es würde sich empfehlen, daß die Kollegen bei der Annahme von Arbeit recht vorsichtig sind.

Unsere Lohnbewegung.

Der Kampf in Hamburg.

In den letzten Tagen hat sich die Situation ungemein zugespielt. Die Arbeitgeber verkündeten bisher bei jeder Gelegenheit, daß der Holzarbeiterverband wegen Mangel an Mitteln bald zu Kreuze kriechen müsse und nun erleben wir das Schauspiel, daß den Herren selber die Rüste ausgeht, weil der große Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband, der den Kampf mit seinem Gelde und nach seinen Prinzipien führen ließ, keine Lust mehr verspürt, die Kräuter länger auszuhalten und daher zunächst die Unterstützung um die Hälfte herabgesetzt hat. Es sollen in Zukunft anstatt 2 M. nur noch 1 M. pro Tag und Arbeiter bezahlt werden. Das ist wenigstens versprochen worden, aber die leiste fällige Unterstützungsrate könnte überhaupt nicht mehr ausgezahlt werden, weil man mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umgehen müsse. Aber, so tief man den unglücklichen Meistern zu trösten sucht, man hat uns ein neues Dorfchen in Aussicht gestellt. Die Meister wollen nur, aber allgemein von jedem "Trost" nichts mehr wissen und die nächste Folge der Unterstützungsverweigerung war, daß sich jetzt 2 Dutzend naheharter Firmen bei unserer Streitleitung zwecks Friedensschluß meldeten.

Die Dinge können und dürfen so nicht mehr lange weiter gehen, erläutern die Arbeitgeber und bestimmen ihren Vorstand, nun Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten. Aber bei diesem Vorstand ist alle Liebesmüh umsonst, der wirkt die einzelnen Mitglieder eher zur Tür hinaus, als daß er ihren Bitten und Drängen Gehör schenkt. Es haben sich daraufhin wiederum mehrere bekannte Persönlichkeiten bemüht, Verhandlungen einzuleiten, wozu unsere Kollegen auch diesmal ihre Zustimmung wieder gegeben haben. Aber bevor diese Verhandlungen aufgenommen waren, erschien der Schuhverbandsvorstand mit einem Zeitungsausschnitt auf dem Plan und teilte mit, daß er seinerseits an einen Frieden nicht denke, wenigstens nicht, solange der Holzarbeiterverband auf seinem "widersinnigen" Stand-

punkt beharrte. Unter solchen Umständen geht der Kampfwetter; unsere Kollegen haben nicht die geringste Veranlassung, von ihren Forderungen abzugehen und stehen so einsinnig zusammen, wie nie zuvor.

Zwischenzeitlich hat sich der Schuhverband das Vergnügen geteilt, mit seinem gelben Verband einen Vertrag abgeschlossen, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsnachweis bleiben dabei natürlich unberührt, der Lohn soll um 2 Pf. erhöht werden. Für Plantenlose, das ebenfalls zu dem neuen "Vertragsgebiet" gehören soll, ist sogar eine Herabsetzung des Mindestlohnes um nicht weniger als 8 Pf. pro Stunde vereinbart. Das könnte den Unternehmern so passen!

Mit diesem Parteiderverband wird nun noch ein anderer Unternehmersverband verfolgt, nämlich um so leichter Gimpel zu fangen. Unter der Firma dieser sogenannten Arbeiterorganisation geht jetzt der Schuhverband auf die Streitbrecherfahrt, bei der mit seiner bisherigen Methode Fausto genutzt hat. In der Generalanzeigerprese erscheint folgendes Inserat:

"Nach Abschluß des Lohntarifs mit dem Arbeitsgeberschuhverband der Holzindustrie können durch unseren Nachweis Tischler auf Bau und Möbel sowie Parkettleger eingesetzt werden zu den neuen erhöhten Handwerker Löhnen.

Tischler, die dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören, wollen sich schriftlich melden.

Vorarlbergschule der Holzarbeiter von Hamburg und Umgebung von 1911.

Da es bestimmt überall Dumme gibt, die sich durch solche Mittel anzulehnen lassen, bitten wir alle auswärtigen Kollegen, dem Streitbrecherfang in jeder Form entgegenzuwirken und allüberall für Fernhaltung des Zuganges nach Hamburg zu sorgen.

In Ahns (Westfalen) wurde, wie das "Zentralblatt" meldet, in der Holzschuhfabrik von Dues sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, etwa 250, gefündigt. Diese Maßnahmen hat die Firma jedenfalls deshalb angewendet, um ihre größtenteils recht frömmen Arbeiter, von denen ein Teil in standhafter Anwandlung nach irischen Gütern so vermessen war, bessere Löhne zu fordern und, nachdem dies Begehren nach dem Gut des Nachstehenden von der Firma prompt abgelehnt, auch noch die Fähigkeit besessen hat, das Arbeitsverhältnis aufzutunen, wieder an die sicherer Bahnen der Gottgewollten Abhängigkeiten recht drastisch zu erinnern. Ob die Arbeiter dieser Firma jetzt organisiert sind, ist uns nicht bekannt; dem Holzarbeiterverband gehören sie jedenfalls nicht an. Früher waren sie für die Organisation nicht zu haben, sie waren so bescheiden, sich mit der Leidenschaft des "alten Herrn", der es von kleinem Anfang bis zum "Millionär" gebracht hat, zu begnügen. Vielleicht hat jetzt ein "neuer Herr" auch diesen gutgläubig beschworenen Proletarien ein Licht aufgestellt.

In Waren dauert der Streit der Wandstuhlschreiner fort. Veränderungen sind nach keiner Richtung hin zu verzeichnen. Zugang ist nach wie vor streng fern zu halten.

In Bonn sind bei dem Streit der Firma Nübling (Märtierfabrik) Veränderungen nicht eingetreten. Wir bitten um strengste Fernhaltung des Zuganges.

In Brudmühl sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Werkstattfabrik von Ed. Michel am 5. Juli wegen Ablehnung ihrer Forderungen in den Ausstand getreten. Da die Löhne dringend verbessert werden müssen (der Lohn für Arbeiter beträgt im Durchschnitt 80 Pf. für Arbeiterinnen 19 Pf. die Stunde), so dürfte es den Maschinenarbeiter nicht schwer fallen, diesen Betrieb zu meiden. In Cham dauert der Streit der Schreiner und Maschinenarbeiter unverändert fort. Arbeitswillige haben sich nicht eingefunden, dagegen sind einige Kollegen abgereist oder anderweitig untergebracht. Zugang ist fern zu halten.

In Großenhain hatten die Kollegen in der Firma H. Müsche Forderungen eingereicht, die der Unternehmer zum größten Teil ablehnte. Es kam deshalb zum Streit. Durch Vermittlung des Gauvorstehers kam es jedoch zu neuen Verhandlungen und zum Abschluß eines vierjährigen Vertrages. Erreicht wurden 2½ Stunden Verkürzung der Arbeitszeit, durchschnittlich 6½ Pf. Lohnerhöhung, für die Tischler ein fester Tarif und für alle sonstigen Allordarbeiter Lohngarantie. Hoffentlich suchen nun die Kollegen in den anderen Großenhainer Betrieben ihre Arbeitsverhältnisse diesem Vertrag anzupassen.

In Hamm i. Westf. haben die Schreinermeister auf die Einreichung der Forderungen mit nur teilweise unverbindlichen Antworten reagiert, es dürfte ingewissen zur Einreichung der Kündigung gelommen sein. Zugang ist fern zu halten.

In Hirschberg i. Schles. ist mit den Arbeitgebern ein Tarifvertrag auf die Dauer von 4 Jahren abgeschlossen worden. In dieser Zeit erhöht sich der Lohn um 5 Pf. die Stunde und der Durchschnittslohn steigt sich von 85 auf 40 Pf. Unter anderem ist auch erstmals ein Allordtarif für Bauarbeiter abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit wird von 55 auf 56 Stunden herabgesetzt.

In Kamenz in Sachsen dauert der Streit der Tischler immer noch an. In einem Betrieb wurde ein Vertrag abgeschlossen. Wird der Zugang weiter fern gehalten, so werden sich die anderen Meister auch bald zu den gleichen Zugeständnissen bequemen müssen.

In Kausbeuren konnte der Streit der Schreiner nach sechswöchiger Dauer nunmehr mit vollem Erfolg beendet werden. Vom Bürgermeister Hofrat Stumpf wurden die Meister und Gehilfen sowie der Gauvorsteher Raith zu einer Verhandlung auf das Rathaus geladen, die am 5. Juli stattfand und den ganzen Tag über andauerte. Es kam zum Abschluß eines bis 1. April 1915 dauernden Vertrages, durch welchen die Arbeitszeit von 58½ auf 56 Stunden herabgesetzt und die Löhne um 8 Pf. die Stunde erhöht werden; desgleichen der Mindestlohn von 35 auf 41 Pf. die Stunde. Erhöht werden auch die Zuschläge für Überstunden und Auswärtsarbeit. Die Gehilfen haben somit einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

In Leubsdorf u. Um. im Erzgebirge ist es nun in 7 Betrieben zu einer Einigung gekommen, dagegen dauert

der Streit in 4 Betrieben noch an. Besonders reaktionär sind die Unternehmer in Marbach unter Leitung der Firma Gebr. Kirbach. Zugang ist nach wie vor fern zu halten.

In Uegnitz wird die Aussperrung der Tischler von einigen Betrieben noch aufrechterhalten. Zugang ist deshalb noch fern zu halten.

In Limbach i. S. haben die Bau- und Möbelstischler eine erfolgreiche Lohnbewegung ohne Streit durchgeführt. Durch Verhandlungen wurde ein Vertrag auf 3 Jahre abgeschlossen, der am 15. Juni 1911 die 60stündige Arbeitszeit bringt. Der Lohn wird während der Vertragsdauer um 8 Pf. erhöht. Bei Ablauf des Vertrages beträgt der Mindestlohn für Gehilfen über 20 Jahre 40 Pf., unter 20 Jahre 36 Pf. Außerdem sind die Zuschläge für Überzeit, Sonntagsarbeit sowie für Montagearbeit durch den Vertrag geregelt. In Anbetracht der immerhin nur mäßigen Konjunktur können die Kollegen mit dem Erfolg zufrieden sein, und liegt es an Ihnen selbst, das Errungene hochzuhalten. Die Nichtkollegen, die es nicht für notwendig hielten, sich an der Bewegung zu beteiligen, ja sich sogar noch beleidigt fühlten, wenn sie von den organisierten Kollegen an ihre Pflicht erinnert wurden, haben es sich selbst zuschreiben, wenn sie von unserer Seite mißtrauisch beachtet werden. Den Vertrag nicht bewilligt haben die Herren Boset und Richter in Nukdorf sowie Voigtländer in Rödigsdorf. Die Kollegen ersuchen wir, diese Leute mit Arbeitsangeboten zu beschäftigen.

In Mühlheim a. d. Ruhr ist es nun in mehreren Schreinervorwerken zur Arbeitsseinstellung gekommen.

Die betreffenden Arbeitgeber, die auch während der Kündigungsfrist jedeweile Verhandlung mit den Organisationen ablehnen, dürfen wohl nunmehr den Ernst der

Situation erkennen. Zugang nach Mühlheim a. d. Ruhr ist streng fern zu halten.

In Niederlebsl wurde mit der Schulbankfabrik Litsch ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen. Die häufigsten Bestimmungen sind: 62 stündige Arbeitszeit, 60 Pf. Stundenlohn, steigend bis auf 80 Pf. und Festlegung eines Allordtarifs. Der Unternehmer klagte bei den Verhandlungen ganz besonders über die Konkurrenz in Gera.

In Obernhau im Erzgebirge erreichten die Kollegen in der Firma Grau, Fabrik für Büchengeräte, 4 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 8 Pf. Lohnerhöhung, die Hälfte dieser Zugeständnisse kommt sofort, die andere Hälfte im nächsten Jahr zur Einführung.

In Nauen fühlen sich die Unternehmer immer noch nicht befriedigt, unseren Kollegen Zugeständnisse zu machen, sie annoncieren noch eifrig fort in bürgerlichen Zeitungen und suchen Streitbrecher. Sie schreiben sich die Finger wund und in langen Briefen versucht man die Anfragen zu überzeugen, daß das Streitbrechergeschäft noch nicht das schlechteste wäre. Der Streitleitung sind eine größere Anzahl dieser Briefe zugegangen, in welchen den Leuten ein wöchentlicher Allordlohn von 24 bis 80 Pf. bzw. 48 bis 60 Pf. Stundenlohn zugesichert wird. Übercharakterfest müssen sie sein, und sich nicht von den Streitenden überreden lassen, wie die Firma Gulde schreibt. Die Firma Schmidt u. Co. verspricht den Untervernetzen, daß keine Mitglieder des Holzarbeiterverbandes mehr eingestellt werden sollen, dagegen soll es ihnen gestattet sein, ruhig im lutherischen Arbeiterverband zu bleiben. So hoffen die Unternehmer die Streitenden entbehrlich zu machen. Hoffentlich sind aber alle Arbeiter so charakterfest und meiden Nebenau, dann wird in nicht allzu langer Zeit der Verband der Stuhl- und Möbelindustriellen kapitulieren und die nur zu berechtigten Forderungen bewilligen. Es wird weiter für Fernhaltung von Zugang zuhalten.

In Sebnitz in der Sachsischen Schweiz konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden und ist der Zugang von Eisenlau streng fern zu halten.

In Singen a. Q. ist der Schreinerstreit beendet. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 8 Stunden mit Lohnausgleich, sowie 4 Pf. Lohnerhöhung innerhalb der Vertragsdauer. Erreicht wurde die Bewegung außerordentlich durch den Umstand, daß die Löhne in nächster Umgegend bedeutend niedriger sind. Möge diese Bewegung für diese Kollegen ein Ansporn sein, eine Besserung ihrer äußerst ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben. Das gilt namentlich für die Kollegen in Radolfzell.

In Uslar haben die Polierer der Uslarer Möbelfabrik die Arbeit niedergelegt. Seitens der Firma wurde versucht Allord einzuführen, die Preise waren aber so minimal, daß die Kollegen denselben verwiegerten. Wir bitten Zugang fern zu halten.

In Warmbrunn i. Asberg, haben in der gräfl. Schaffnossischen Möbelfabrik die Kollegen Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gestellt. Verhandlungen die bisher geführt wurden, haben noch kein befriedigendes Resultat gezeitigt.

Aus der Holzindustrie.

Der Verband deutscher Holzschuhfabrikanten hat am 14. und 15. Mai seinen Verbandsstag in Gütersloh abgehalten. Neben dem Verlauf des Verbandsstages wird in dem halbmonatlich erscheinenden Verbandsorgan in drei aufeinanderfolgenden Nummern recht ausführlich berichtet, wenn man aber dem sachlichen Gehalt der Verhandlungen auf den Grund geht, dann ist die Ausdeutung bescheiden. Dem Verband gehören 11 Betriebe und 82 Einzelmitglieder an. Die Einnahmen im letzten Geschäftsjahr betrugen 561,10 M. Dazu der Bestand von 281,84 M. aus dem Vorjahr ergibt 842,94 M. Ausgaben wurden 701,84 M. gemacht, so daß ein Bestand von 141,60 M. bleibt. Beabschlossen wurde, den Vertrag um 8 Pf. zu erhöhen, so daß die Vereine pro Mitglied und Jahr 2,50 M. die Einzelmitglieder 5 Pf. zu zahlen haben. Bei Beratung dieses Antrages wurde angeregt, eine Sammlung unter den Anwesenden vorzunehmen, um die erschienenen Nichtmitglieder ein wenig zu schützen. Dieser Appell an die Weildherigkeit der Gründer des Verbandes war nicht ganz vergeblich, denn der Bericht macht einige Herren namhaft, die den Wink mit dem Daumenfaß verstanden und "freiwillig" in den

Deutel geissen. Nachdem so die Kasse wieder etwas aufgefüllt war, wurde beschlossen, die Vergütung für den Vorsitzenden auf 30 Pf. erhöhen. Der Schriftführer und der Kassierer erhalten je 10 Pf.

Ein Antrag, die Hölzefabrikanten zu verpflichten, nicht unter 500 Paar Hölzer an Holzspäntoffsetzgärtner abzugeben, wurde wegen Aussichtslosigkeit fallen gelassen. Auch über den Antrag, an Stelle des Zollmaßes das Zentimetermaß einzuführen, wurde kein Beschluss geagt. Neben diese Debatte soll zunächst im Verbandssorgan eine Diskussion gepflogen werden. Vom Verband ist an die Handwerkskammern eine Eingabe getragen worden, in welcher um die Anerkennung der Pantinenmacher als Handwerker gebeten wird. Diesem Wunsch ist von zwei Dritteln der Kammern entsprochen worden. Die Handwerkskammer Berlin hat die Anerkennung abgelehnt, deshalb soll sich der Vorstand noch einmal mit ihr in Verbindung setzen. Der sechzige Vorstand mit seinen Wegezen als Vorsitzenden wurde wieder gewählt und bezeichneten den Namen des Verbandes unzweckmäßig in "Verband selbständiger Holzspäntoffsetzgärtner Deutschlands". Offiziell sei noch erwähnt, daß Herr Schrämmer-Treuenbrielen vom Verband aufgerufen werden soll, seine Waren an Schleuderer zu liefern. In Katten will ein Herr Rauter einen neuen Verein gründen und es soll versucht werden, eine Vereinigung zustande zu bringen.

Die eingesetzte erwartet, ist die Ausbente aus dem Berichtsbericht recht nügig. Nichtdestoweniger muß der Antrag, daß die Pantinenfabrikanten eine geschlossene Organisation besitzen und es anstrebe bringen, daß 60 Werkstätten aus verschiedenen Städten zum Verbandstag erscheinen, für die Pantinenmacher ein Ansporn sein, sich in bezug auf Güter und Anteile für die Organisation nicht von ihren Unternehmern befreien zu lassen. Die ausführliche Organisation für die Pantinenmacher ist der Deutschen Holzarbeiterverband. Leider ist die Zahl der organisierten Pantinenmacher noch recht klein, so steht jedoch zu erwarten, daß die Kollegen aus dieser Branche nunmehr dem Wert der Organisation ein größeres Verständnis entgegenbringen. Daß die Wohn- und Arbeitsbedingungen der Pantinenmacher einer Verbesserung bedürfen, das wissen die Berufsgenossen selbst am allerbesten, aber die Bereitschaft für einen Vorstoß in die Erfüllung der Organisationspflicht. Nur mit Hilfe des Deutschen Holzarbeiterverbandes kann die Lage der Pantinenmacher verbessert werden.

Der Verein deutscher Pianofortefabrikanten hält keine diesjährige Generalversammlung am 22. Juni in Dresden ab. Aus dem Vorstandsvorbericht ist die Bemerkung bedeutsam, daß beim deutschen Monarchen durch die verhinderten Streiks — dies: durch die ablehnende Haltung der Fabrikanten — manche wertvolle Auslandsverbindung verloren gegangen sei. Fabrikant Schiedmayer-Stuttgارت hatte infolge Misslungen der Stuttgarter Hochschule die die Akademiegründung sein Amt als Vorsitzender des Vereins niedergelegt, wurde aber wieder gewählt. Zur Versammlungsfrage hatte der Vereinsvorstand beschlossen, daß auf je 30 Arbeiter ein Vehling herangebildet werden müsse. Die Generalversammlung mischte den Beschluss dahin, daß lediglich die Pflicht zur Ausbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern aufgesprochen wurde. Einigen interessanten Einblick in die Praktiken des Klavierhandels gejagt der Beschluss, daß den Händlern "höchstens" 25 bis 30 Proz. Rabatt gewährt werden darf. Die Fabrikanten ihrerseits sollen die Händler verpflichten, den Publikum nicht mehr wie 5 Proz. Gehensstolz und 10 Proz. Betriebsförderung zu bewilligen.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Das christliche "Zentralblatt" veröffentlicht in seiner Nr. 13 den Geschäftsbereich der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1910. Daugh haben dieselben ihre Mitgliedsverzahl im Jahresdurchschnitt von 270 Tsd. im Jahre 1909 auf 295 Tsd. gesteigert. Am Schlus des Jahres 1910 gäbten die angeführten Organisationen 310 Tsd. Mitglieder, das gegenüber dem Stand am Schlus des Vorjahrs eine Zunahme um 35 Tsd. oder 12,5 Proz. Aus der nachstehenden Tabelle ist die Größe der einzelnen Organisationen und die Zunahme gegenüber dem Mitgliederstand am Schlus des Jahres 1909 ersichtlich.

Organisation	Mitgliederzahl am Ende d. Jahres 1909	Bu-	Nahme
Bergarbeiter	81794	92855	1121
Handarbeiter	65486	85617	192
Textilarbeiter	80451	10320	9869
Katholische Eisenbahner	28017	29767	1050
Metallarbeiter	24002	33993	9961
Staats-, Gemeinde- u. Ver-	13732	18800	48
schaffensarbeiter			—
Deutsche Eisenbahnhand- und Arbeiter	11610	19651	8014
Holzarbeiter	11912	18407	2096
Leimarktarbeitern	6470	6398	—
Tafelarbeiter	6018	7840	1824
Keramikarbeiter	5984	6019	85
Arbeitsarbeiter	4198	5107	909
Schneider	3460	3963	407
Maler	8306	8610	804
Telegraphenarbeiter	8444	8207	207
Güterbergbau	2981	3045	114
Graphische Gewerbe	1462	1527	65
Kraulpflegere	1374	1378	4
Kellner	1220	1020	700
Fahrungsmitarbeiter	1802	2168	856
Gärtner	723	818	90
Württemberg. Eisenbahner	1801	2542	651
	280061	316115	87419
			1865
			Zunahme 36054

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß größere Zunahmen zu verzeichnen sind bei den Verbänden der Metallarbeiter, der Textilarbeiter und bei den Eisenbahnhandwerkern, während die bayerischen Eisenbahner über 1000 Mitglieder verloren haben. Dieser Verlust wird dadurch zu erklären versucht, daß im Berichtsjahr sehr viele Entlassungen in den bayerischen Eisenbahnbetrieben erfolgten. An anderer Stelle des Berichts wird dann noch ein großes Klageschreiben darüber angestimmt, daß die bayerische Eisenbahndirektion die armen Christen verfolge und drangsaliere, sozialdemokratische Organisation der Eisenbahner aber bevorzuge. Das "Zentralblatt" sieht ausschließlich bei seinen Lesern ein großes Maß von Alabilität voraus, wenn es erwartet, daß diese Freude alsbare Münze genommen wird. Haben die christlichen Gewerkschaften schon vielfach anderswärts sich der wohlwollenden Fürsorge der Behörden zu erfreuen, um wieviel mehr in Bayern, wo das Zentrum die absolute Herrschaft im Landtag ausübt und die Minister es gewohnt sind, nach der Pfeife des Zentrums zu tanzen. Zu Kirchlichkeit liegen die Dinge so, daß von christlicher Seite ein niederrichtiger Denunziationsfeldzug gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband unternommen wurde, und daß das bekannte Drohen mit der drohenden Volkssekte auf den bayerischen Verkehrsminister nicht ohne Eindruck geblieben ist. Uebrigens wird dieses schmierige Verhalten der Christen in dem erwähnten Bericht, wenn auch in verschämter Weise, zugegeben.

Natürlich ist die Freude über die Mitgliedergewinnung im christlichen Lager groß. Aber von der Hoffnung, die einst den Busen der christlichen Agitatoren und ihrer Märtyrer geschnellt hat, die "sozialdemokratischen" Gewerkschaften zu überflügeln und die maßgebende Stellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzunehmen, ist es nun stille geworden. Die Christen haben sich nähere Ziele gesteckt und sind zufrieden, daß sie überhaupt vorwärts kommen. Wer die Dinge kennt, wundert sich über die Vermehrung der Zahl der christlich organisierten Arbeiter nicht. Wunderbar darf man sich eher darüber, daß der Fortschritt nicht noch klarer ist. Stehen doch den christlichen Gewerkschaften sehr einflußreiche Agitatoren zur Verfügung. Es gibt leider noch viele Tausende von Arbeitern, denen es an Selbstbewußtsein mangelt, die sich streng an das bischöfliche Wort halten: "Wer nicht ist, soll nicht bleiben!" Diese dunkelsten Gegenden, in denen die ausgebeulte Arbeiterschaft durch diejenigen, die sich zu ihren Gütern aufwerken, sorgfältig vor jedem Lichtstrahl geschützt wird, das sind die wichtigsten Rekrutierungsgebiete der christlichen Gewerkschaften. Zum Schutz für das Zentrum vor dem Vordringen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sind die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen worden, und wo die "Gefahr" besteht, daß die Gewerkschaften eindringen und Boden fassen, da macht die Geistlichkeit mobil und wirkt für die Abschreckung der christlichen Organisation. Kanzel und Predigtstuhl sind bei den Christen im Geiste gut wirkende Waffen, und deshalb sind wir überzeugt, daß wir noch eine Zeitlang von Fortschritten der christlichen Gewerkschaften hören werden.

Aber der Ausbreitungsfähigkeit der christlichen Organisationen sind schließlich doch verhältnismäßig enge Grenzen gezogen. Sie erzeugen im Grunde selbst den Feind, der ihrem Fortschritt Schranken setzt. Um ihre Existenzberechtigung zu erweisen, müssen sie in die Füstpuppen der ihnen so verhafteten freien Verbände treten. Sie kopieren uns nicht nur in bezug auf die inneren Errichtungen der Organisationen, sie ahnen auch unsere Kampfmethode nach und rühmen sich der Erfolge, die sie den Unternehmern abgerungen. Damit werden sie, sie mögen es wollen oder nicht, die "Vergleichlichkeit" der Massen. Die christlichen Arbeiter, die Streiks führen und sonstige gewerkschaftliche Tätigkeiten ausüben, kommen mit der Zeit zum Staudenten. Sie fragen ja, ob es denn wirklich zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage notwendig ist, einer Organisation anzugehören, die sich als Schutzeinheit für das Zentrum fühlt, jener Partei, die fortwährend darauf aus ist, die Arbeiterschaft den Lebensunterhalt zu verteuern und ihre politischen Rechte zu beschränken. Was die Folge eines solchen Nachdenkens ist, ist nicht schwer, sich auszumalen. Allerdings dauert es bei manchen im Baume der christlichen Weltanschauung stehenden recht lange, bis es sich zu ihrem Denken hindurchzuschlängeln hat. Aber mit der Zeit wird es auch in den verstesserten Köpfen hell.

Zu den führenden Kreisen der christlichen Gewerkschaften führt man auch das Unhaltbare der Situation, in welcher sich ihre Organisationen befinden, wenn sie sich auf der einen Seite als Hilfe der bürgerlichen Weltordnunginstanzen, während sie andererseits sich in der gleichen Weise befähigen müssen wie die "sozialdemokratischen" Gewerkschaften, wenn anders sie nicht auf den intelligentesten Teil ihrer Anhänger verzichten wollen. Deshalb reißt man auf jener Seite auf die komischsten Ideen. Es werden ganz besondere Theorien entwickelt, um den Beweis zu erbringen, daß die christlichen Gewerkschaften im Grunde genommen mit den Unternehmern, die sie bekämpfen, ein Herz und eine Seele sind. Da werden Arbeitgeberverbämlungen arrangiert, in welchen christliche Agitatoren sich im Schweiße ihres Angesichts anstrengen, den Unternehmern ihre Interessenolidität mit den christlichen Gewerkschaften klarzulegen, während man sich auf der anderen Seite bemüht, den Arbeitern gegenüber den Aufsehern zu erweisen, als seien allein die christlichen Gewerkschaften die rechten Vertreter ihrer Interessen gegenüber der Ausbeutungssucht der Unternehmern.

Die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist erfüllt von solchen Widder sprüchen, und wenn sich das "Zentralblatt" auch bemüht, sie bei der Besprechung der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im verlorenen Jahre zu vermeiden, so gelingt ihm das doch nicht vollständig. So röhmt man an der einen Stelle die Kampfesfähigkeit der christlichen Gewerkschaften und registriert mit Behagen die durch Streiks errungenen Erfolge. Ausweitet sich die Herrschaft hierbei in gewohnter christlicher Manier mit fremden Gedanken schmücken, wollen wir hier dagegenstellen sein lassen und nur darauf hinweisen, daß an anderer Stelle es als Ruhmesstiel für

die Christen in Anspruch genommen wird, sich an einer Lohnbewegung deshalb nicht beteiligt zu haben, weil sie zu einem Streik hätte führen können. Es handelt sich um die letzte Bewegung der Arbeitergemeinde, bei welcher der Gewerkschaftsverein christlicher Arbeiter die Sache der Arbeiter in schmuckster Weise verraten hat. Um diese verächtliche Handlungswelt zu beschönigen, sucht das "Zentralblatt" allerlei fadenscheinige Gründe, und zwar nennt es dabei als ersten, es bestand keinelei Gewähr dafür, daß die Gewerkschaften nicht wieder zu einem Streik ausarbeiten. Also die christlichen Gewerkschaften sind so lämpfeschlichtig, daß sie sich berechtigt halten, ihre Arbeiterschwestern zu verraten, um ja unter allen Umständen den Ausschlag eines Streiks zu verhüten. Allerdings können sie, wenn es in ihren Gram passiert, auch ganz anders reden.

Aber lassen wir die lieben Christen sich ihres Lebens freuen. Man kennt ihre Worte und kennt ihre Taten. Sie sind ein Zwittergebilde, weder Fleisch noch Fisch. Und wenn sie sich auch augenblicklich noch in der Periode des Aufstieges befinden, so sind sie ihrem Höhepunkt nicht mehr gar zu fern. Von der christlichen Gewerkschaftsbewegung kann man mit Zug und Recht sagen, sie ist eine vorübergehende Erscheinung.

Wobei Gruß an den Gewerkschaftskongress. In der "Dresdener Volkszeitung" widmete Webel dem Gewerkschaftskongress folgende Begrüßungsworte:

"Die deutlichen Gewerkschaften können ihren diesjährigen Kongress im schönen Dresden mit großer Bevölkerung abhalten. Sie können auf eine glänzende Entwicklung, die das Gewerkschaftswesen in Deutschland in den letzten Jahren ebenfalls genommen hat, zurückblicken. Das kann sie mit Stolz und Genugtuung erfüllen und berechtigt sie weiter zu den schönsten Hoffnungen."

Diese Entwicklung ist aber auch bitter notwendig. Die Unternehmerchaft hat in weit höherem Maße als bisher die Arbeitersklasse die Notwendigkeit der fachgewerblichen Organisation begriffen und durchgeführt, nachdem sie anfangs von einer solchen Organisation nichts wissen wollte. Erst Schüler, wurde sie bald Meister.

Das zwinge die Arbeitersklasse, der Unternehmerklasse zu folgen. Will sie ihre künftigen Kämpfe mit Erfolg für eine bessere Lebensstellung siegreich führen können, so muß der letzte Arbeiter, dem Beispiel seines Ausbeuters folgend, sich in die gewerkschaftliche Organisation seines Berufes begeben.

Aber auch der letzte Arbeiter muß endlich begreifen, daß, wie die Unternehmer nicht die Toreit begehen, sich wegen ihrer religiösen oder politischen Ansichten zu spalten, sondern einander, ob Katholik oder Protestant, Jude oder Atheist, konserватiv, liberal oder demokratisch denkend, sich in einer Berufsorganisation vereinigen, der Arbeiter noch viel weniger sich den Vögeln einer solchen Spaltung der beruflichen Organisation erlauben darf. Mit Recht jubeln die Unternehmer und alle Gegner der modernen Arbeitersorganisationen über dieses selbstmordtrische Treiben der Arbeiter, wenn sie sich auch hüten, diesen Jubel öffentlich zu zeigen.

Nur die volle Einigkeit und Einheit der Arbeitersklasse in der gewerkschaftlichen Organisation verbürgt und vor allen Dingen erleichtert ihr ihre Siege und erschwert Niederlagen.

Möchten die Arbeiten des Dresdener Gewerkschaftskongresses weit über den Kreis der organisierten Gewerken hinaus als starkes Anziehungsmittel auf die noch außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation Stehenden sich gesetzen und der Gedanke von der Notwendigkeit der Einheit der Organisation Scharen neuer Anhänger gewinnen."

Im Schmiedeverband sollte nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung eine Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband vorgenommen werden, und es war in Aussicht genommen, dieselbe nach der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes zu veranstalten. Mit Mühsal darauf, daß die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes den von den Schmieden vorgeschlagenen Übertrittsbedingungen (Bildung einer selbständigen Reichssection der Schmiede innerhalb des Metallarbeiterverbandes) nicht zugestimmt hat, hat nunmehr der erweiterte Vorstand des Schmiedeverbandes beschlossen, von der Annahme der Urabstimmung vorläufig abzusehen, und die Frage erneut der nächsten Generalversammlung vorzulegen, die im nächsten Frühjahr in Düsseldorf stattfindet.

Unternehmerbewegung.

Die Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterseite zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen besteht seit dem 1. Juli 1906 und hat in der Ausschüttung am 12. Juni dieses Jahres ihr Statut einer Revision unterzogen. Dem Vorstand, mit welchem der Freiherr v. Reischwitz die vorgeschlagenen Statutenänderungen begründete, ist zu entnehmen, daß schon wiederholt, besonders aber im letzten Geschäftsjahr die Notwendigkeit eingetreten ist, die Entschädigungen mangels ausreichender Gesellschaftsmittel zu führen. Insgesamt wurden in den seitherigen fünf Geschäftsjahren der Gesellschaft reichlich 191 000 Pf. weniger ausgeschüttet als im Statut vorgesehen ist. Um dem für die Zukunft vorzubeugen und die Möglichkeit zur Schaffung eines Reservefonds zu gewähren, aus welchem schon während der Dauer eines Streiks Entschädigungen gezahlt werden können — selber erfolgte die Auszahlung erst nach Jahresabschluß —, soll der Gesellschaftsbeitrag erhöht werden. Beschlossen wurde, neben einem Eintrittsgebühr, welches 20 Pf. für je 1000 Pf. der Jahreslohnsumme beträgt, einen Jahresbeitrag von 2 Pf. pro 1000 Pf. Lohnsumme und außerdem 50 Pf. pro 1000 Pf. Lohnsumme zu erheben, welcher letzterer Betrag

zur Aufzehrung eines Reservefonds dienen soll, der aber nicht zur Entschädigung benutzt werden darf.

Ein von Herrn Frauendorf empfohlenes Miträte des Arbeitgeberverbandes ist es, wonach während der Dauer eines Streits wöchentliche Vorschüsse von 50 Pf. pro Mannung gewährt werden sollen, fand zunächst Annahme. Nachdem jedoch darauf hingewiesen wurde, daß der Beschluss wegen Mangels an Mitteln nicht durchführbar sei, wurde er wieder umgestoßen und beschlossen, den Aufsichtsrat zu ermächtigen, für den Fall, daß die verfügbaren Mittel es gestatten, wöchentliche Vorschüsse auf die später auszugzahlende Entschädigung zu gewähren. Die Entschädigung, auf welche den Mitgliedern ein flagbares Recht nicht zusteht, und die der Aufsichtsrat nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage von Fall zu Fall nach billigem Ermessens gewährt, beträgt 20 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes der ausgesperrten Arbeiter. Sind in einem Betriebe mehr als 1000 Arbeiter ausgesperrt, dann ermögigt sich die Entschädigung für die überschreitende Zahl nach einer vorgeschrittenen Skala, so daß für die aus-

gesperrten Arbeiter einer Firma, welche über die Zahl 8000 hinausgehen, nur noch 4 Proz. des Tagesverdienstes gewährt wird. Diese Entschädigungsfälle können aber günstiger werden, wenn sich bei der Jahresrechnung herausstellt, daß das Geld nicht langt.

An der Diskussion hat sich wiederholt Herr Gurlitt als Vertreter der Hamburger Holzindustriellen beteiligt und die Art seines Auftretens läßt erkennen, daß den Hamburger Unternehmern in der Holzindustrie das Wasser am Halse steht. Das Streben des Herrn Gurlitt war darauf gerichtet, seinen Schutzbefohlenen die Entschädigung zu sichern. Allem Anschein nach reicht auch in diesem Jahre das Geld der Gesellschaft nicht aus, und die lampenfuchigen Hamburger Tischlermeister könnten sich darauf gefasst machen, daß sie nur einen bescheidenen Teil der erwarteten Entschädigung erhalten. Um das zu verhindern, schlägt der Herr Hauptmann a. D. alle Hebel in Bewegung, um die beschlossene Vertragserhöhung schon für das laufende Jahr durchzudrücken. Er erklärte sogar, daß die Hamburger Holzindustrie ihre Zustimmung zur Normierung des Bei-

trages auf 2 Mt. davon abhängig mache, daß die Erhöhung schon für das Jahr 1911 Geltung erhalte. Und später wieder, als es sich darum handelte, den Termin für das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen im Statut festzulegen, trat er energisch im Namen des Holzgewerbes dafür ein, die beschlossenen Vendetungen mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1911 in Geltung treten zu lassen. Aber die Verschüttungen waren erfolglos. Es wurde beschlossen, die neuen Satzungen erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen. Dadurch erklärt es sich, daß die durch die Aussperrung in Not geratenen Hamburger Tischlermeister in letzter Zeit kein Geld mehr von ihrem Schuhverband erhalten konnten. Und mit ihrer Hoffnung, nach Abschluß der Jahresrechnung der Entschädigungsgesellschaft noch einen schönen Betrag herauszubekommen, wird es wohl auch Eßig sein. Die Sache der Hamburger Unternehmer, die sich so vertrauensvoll der Führung des Hauptmanns a. D. Gurlitt überlassen haben, steht also recht faul, und sie werden wohl bald einsiehen, daß ihr glorreicher Führer sie richtig — ausgeführt hat.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das erste Quartal 1911.

Einnahme	Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt		Ausgabe		Bei der Hauptkasse		Bei den Zahlstellen		Gesamt	
	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.	Mr.	Pf.
Kassenbestand vom vorigen Quartal	2 721 508	76	195 588	28	2 917 182	04	Für Reiseunterstützung		85	00	19 888	97	10 874	57
Beitrittsgeld	22	—	6 898	—	6 420	—	" Arbeitslosenunterstützung		802	15	249 597	10	249 890	25
Beiträge	2 760	00	1 107 112	50	1 109 878	10	" Streitunterstützung		—	—	224 884	70	224 884	70
Extrabeträge	2	28	20 090	59	80 001	85	" Krankenunterstützung		214	58	187 105	61	187 820	10
Zins aus Kapitalien	80 846	22	—	—	80 846	22	" Gewahrsatzenunterstützung		20	—	21 507	01	21 628	01
Sonstiges	87	86	688	65	776	01	" Unterstützung in Sterbesällen		—	—	16 882	50	16 882	50
Guthaben der Solallassen fürs 2. Quartal	—	—	28 711	89	28 711	89	" Umzugsunterstützung		524	50	7 011	01	7 585	61
Zuschüsse aus der Hauptkasse	—	—	198 164	21	198 164	21	" Notfallunterstützung		281	95	2 065	—	2 005	—
Von Zahlstellen eingezahlt	895 805	24	—	—	895 805	24	" Rechtschutz		1 880	40	4 862	01	5 188	96
							" Agitation		87 503	85	5 577	07	44 410	82
							" die Holzarbeiterzeitung		6 570	85	—	—	6 670	85
							" Gleichheit", "Solidata" u. "Operativ		1 481	78	—	—	1 481	78
							" Italien"		15 129	18	—	—	15 129	18
							" Gehälter und Entschädigungen		16 287	80	—	—	16 287	80
							" Druck, Buchdruckerarbeiten, Marken und Stempel		208	50	—	—	208	50
							" Schreib- und Packmaterial		2 058	71	—	—	2 058	71
							" Büro		2 678	80	—	—	2 678	80
							" Bureauarbeits, Reinigung und Beleuchtung		2 868	10	—	—	2 808	10
							" Sonstige Ausgaben		844	10	748	08	1 687	27
							" Untosten der Zentralversammlungen		159	18	—	—	150	18
							" Untosten im Bankverkehr		6 889	68	—	—	6 889	68
							" Anteil der Solallassen an den Verbandsbeiträgen		—	—	186 214	35	186 214	35
							" Guthaben der Solallassen vom vorigen Quartal		—	—	45 020	46	45 020	46
							" Beitrag an die Generalkommission		16 185	—	—	—	16 185	—
							" für zentrale Tarifverhandlungen		10 203	85	—	—	10 203	85
							" Kosten des Heimarbeiterlagers		652	80	—	—	652	80
							" der geplanten Hygiene- und Arbeitsausstellung		1 487	57	—	—	1 487	57
							" An die Hauptkasse eingezahlt		—	—	895 805	24	895 805	24
							" An Zahlstellen gesandte Zuschüsse		198 164	21	—	—	198 164	21
							" Bestand für nächstes Quartal		2 829 884	59	200 978	48	3 030 858	07
								Summa	3 150 922	44	1 566 607	02	4 717 580	06

Am Schlusse des 1. Quartals 1911 zählte der Verband 834 Zahlstellen, das sind 10 mehr als im vorausgegangenen Quartal und 25 mehr als im 1. Quartal des Vorjahrs.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 1. Quartals 170 499, darunter 164 850 männliche, 5418 weibliche und 731 jugendliche. Gegenüber dem 4. Quartal 1910 ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 4961, die der weiblichen um 878 und die der jugendlichen um 118 gestiegen, während die Zunahme gegen das Vorjahr 16 067 männliche, 1888 weibliche und 546 jugendliche Mitglieder beträgt.

Von den größeren Zahlstellen hatten im 1. Quartal folgende den beigefügten Zusatz an Mitgliedern zu verzeichnen:

Königsberg 17, Schwerin 17, Stralsund 20, Bismarck 27,

Görlitz 26, Heringsdorf 16, Hirschberg 19, Berlin 435,

Brandenburg 29, Frankfurt a. O. 42, Fürstenwalde 26,

Klosterfelde 21, Landsberg a. W. 57, Lüdenwalde 73,

Rathenow 20, Niederröder 31, Baubien 93, Dippoldiswalde 23,

Dresden 29, Leubsdorf 55, Meißen 31, Neuhausen 22,

Oberhau 95, Rabenau 28, Waldheim 18, Wilsdruff 15,

Uhlenburg 46, Chemnitz 168, Eilenburg 42, Frankenberg 19,

Gera 29, Hainichen 22, Leipzig 186, Plauen 18, Schleiden 19,

Schönheide 67, Werda 20, Wilkau 42, Wurzen 30,

Zeitz 45, Zwickau 70, Coburg 82, Eisenach 26, Erfurt 53,

Gotha 28, Lauterberg 131, Weimar 27, Burg 33, Halle 57,

Magdeburg 24, Zeitz 17, Bremen 153, Bremerhaven 31,

Hamburg 72, Harburg 45, Bremen 49, Bielefeld 26, Cassel 39, Detmold 15, Hannover 102, Melle 24, Minden 32, Lemgo 29, Lüneburg 43, Bochum 26, Dortmund 33, Düsseldorf 33, Gütersloh 165, Eppen 33, Köln 66, Krefeld 16, Herford 27, Darmstadt 36, Kirchheim 6, S. 18, Mannheim 367 (einschließlich 256 von Ludwigshafen und 29 von Oggersheim), Offenbach 25, Weinheim 61, Kürth 47, Hof 27, Nürnberg 54, Würzburg 31, Augsburg 26, Uerdingen 24, Eßlingen 24, Göppingen 25, Heilbronn 34, Kirchheim u. T. 44, Schwenningen 16, Straßburg 38, Stuttgart 58, Ulm 28.

Dagegen hatten folgende Zahlstellen einen Verlust an Mitgliedern auszuweisen:

Liegnitz 53, Lehnstadt 57, Kühlhausen i. Th. 20, Bernburg 16, Burgdamm 18, Koblenz 33, Kaiserslautern 48, Stolpheim 25.

Neu aufgenommen wurden im 1. Quartal 12 444 (im

1. Quartal 1910 8976) männliche, 750 (539) weibliche und 240 (66) jugendliche, zusammen 13 434 Mitglieder. Gegenüber dem 4. Quartal 1910 sind dieses 1262 und gegenüber dem 1. Quartal 1910 9253 Aufnahmen mehr.

Der Rechnungsabschluß ergibt eine Mehreinnahme von 113 226 Mr. und einen Kassenbestand für das zweite Quartal von 3 030 858 Mr.

Das Vermögen der Haupt- und Solallassen zusammen betrug am Schlusse des 1. Quartals:

Hauptkasse 8 030 858,07 Mr.

Solallassen 1 772 585,87 "

Zusammen 4 802 893,44 Mr.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der

Solallassen im 1. Quartal 1911.

Einnahme

Kassenbestand vom 4. Quartal 1910 1 084 488

Eingesandt.

Zentral-Kranken- und Sterbehilfe der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter
(E. S. 8 in Hamburg).

Überschuss sandten eine: Nürnberg 2000.—, Fürth, Lichtenberg, Offenbach 1 je 800.—, Karlsruhe, Schönberg je 500.—, Berlin 7, Freiburg i. W., Neu-Jenning 400.—, Breslau, Mühlheim (Ruhr) je 850.—, Barmen, Coblenz, Düsseldorf, Emden, Neubrandenburg, Gonsenheim, Mühlburg je 800.—, Bruchsal, Hamburg II, Osterwied, Weissenfels je 250.—, Biberach, Bielefeld, Erlangen, Göttingen, Gutach, Frankenhausen, Gerolsberg, Gießen, Halberstadt, Hamburg IV, Heddesheim, Heidelberg, Kaiserslautern, Kirchheim, Kiel, Pforzheim, Kanderbader, Rothenburg, Schwaigingen, Waldau, Weimar, Westhofen je 200.—, Spandau 185.—, Alsbach 180.—, Bonn, Bubenheim, Bürkig, Dresden-N., Felsbach, Gotha, Leipzig I, Löbau, Lorsch, Wittenberg, Oppau, Minheim, Schmiedeberg, Sindlingen, Urberach, Wehringhausen, Ziegelhausen je 150.—, Altenhausen 140.—, Bromberg 180.—, Hainhausen 120.—, Aschaffenburg, Bad Nauheim, Baumschulenweg, Berlin-G., Cotta, Dessau, Eder, Emmerich, Gröningen, Hasselbach, Herdecke, Kürth, Hohenhoven, Kaiserlautern, Kempen, Lüneburg, Mülheim a. M., Mainz, Neulübbecke, Nieder-Breisgau, Nettingen, Plauen b. Dr., Schonefeld, Schwäbisch Hall, Schwerte, Viersen, Waldstetten, Münchingen je 100.—, Guben 90.—, Walmirstedt 60.—, Dörnberg, Freiburg i. Br. je 50.— Mt.

Die Zentral-Kommision
J. A.: Erhard Wallauer, Pinselmacher,
Nürnberg, Schleißweg 85.

An die Maschinenarbeiter!

Die Maschinenarbeiter Stuttgarts haben bereits im November 1908 an den Verbandsvorstand die Bitte gerichtet, eine besondere Statistik über die Verhältnisse der Maschinenarbeiter Deutschlands aufzunehmen. Außer den Organisations- und Lohnverhältnissen sollte ganz besonders die Unfallhäufigkeit an den Maschinen statistisch erfaßt und weiter festgestellt werden, welche Verhütungsmaßregeln von der Gewerbeinspektion und den Berufsgenossenschaften getroffen worden seien. In den allgemeinen Erhebungen, die den ganzen Beruf mit all seinen verschiedenen Branchen umfassen, können naturnäher die Verhältnisse der Maschinenarbeiter nicht so eingehend gewürdigt werden. In den verdienstvollen Publikationen des Verbandsvorstandes über die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie tritt das klar zutage. Bereits vor 9 Jahren, im Jahre 1902, wurde statistisch nachgewiesen, daß die größte Zahl unter den Unfallsfällen im Holzarbeiterberuf durch Unfälle und Verletzungen beruhten, nämlich rund 28 Proz. aller Erkrankungen. Nicht weniger wie 8870 Verletzungen verzeichnete schon damals die Statistik. Der allergrößte Teil fällt auf die Maschinenarbeiter. In einer Statistik der Maschinenarbeiter in Fürth in Bayern wurde festgestellt, daß über 33 Proz. der Maschinenarbeiter verunglückten. In Stuttgart ist es ähnlich so. Seit dieser Zeit hat die technische Entwicklung nicht stillgestanden. Die Zahl der Betriebe mit Maschinen hat sich ungeheuer vermehrt, ebenso die Zahl der Maschinenarbeiter, und auch leider die Zahl der Unfälle an den Maschinen. Es kann mit gutem Gewissen behauptet werden, daß sich die Zahl der Unfälle bedeutend herabzudrücken ließe, wenn überall die notwendigen Schutzausrüstungen vorhanden wären. Ausreichende Räume sind notwendig, damit der Arbeiter auch genügend Platz hat, sich zu bewegen, damit er nicht über die aufgestellten Teile, über Bretter und Spane stürzt. Die Entstaubungsanlagen lassen fast überall noch alles zu wünschen übrig. In bezug auf Lohn und Arbeitszeit ist der Maschinenarbeiter noch längst nicht so gestellt, wie es die milde- und gefährliche Arbeit notwendig macht, um ruhig und sicher arbeiten zu können. Ein Krebschaden ist es auch, daß sehr oft noch ungelernte Arbeiter an den Maschinen herumflitzen; auch Schreiner, die noch wenig davon gearbeitet haben. In manchen Betrieben werden vorausweise Lehrlinge dazu verwendet, die Maschine zu bedienen. Vor ganz kurzer Zeit stand in Stuttgart erst wieder ein Meister vor Gericht, dessen Lehrling an der Maschine zum Krüppel geworden ist. Noch ein Missstand muß erwähnt werden: nämlich die Antreiberei seitens der im Allod beschäftigten Schreiner. Der Allodlohn ist meistens so gestellt, daß diese Kollegen darauf sehen müssen, ihre Arbeiten an der Maschine schnell fertiggestellt zu erhalten. Aber der Maschinenarbeiter muß diese Felle oft genug mit seinen Knochen und seiner Gesundheit bezahlen.

Das sind alles Missstände, die endlich einmal gründlich besprochen werden müssen, und zwar im Kreise der Maschinenarbeiter selbst. Nur in gemeinsamer Befreiung mit erfahrenen Kollegen aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Branchen läßt sich feststellen, was das beste für uns ist. Wir müssen unsere Erfahrungen einmal austauschen. Erst dann ist der Verband in der Lage, auch wirklich Gutes und Zweckmäßiges für uns Maschinenarbeiter schaffen zu können, dann können auch die Behörden besser eingreifen, während sie heute nur darauf loswurzeln. Es soll nicht verschwiegen werden, daß sich die Maschinenarbeiter bisher immer noch als Stiefkinder des Verbandes gefühlt haben. Ob mit Recht oder Unrecht, wollen wir heute dahingestellt sein lassen. Früher, als die Zahl der Maschinenarbeiter noch gering war, mag die Ablehnung der Konferenz vielleicht noch etwas Berechtigung gehabt haben. Die Entwicklung der Maschinenarbeit in der Holzindustrie, das Aufwachsen der Maschinenbetriebe, die ständig wachsende Zahl der Maschinenarbeiter, und leider auch der Unfälle, machen es jetzt zur absoluten Notwendigkeit, daß der Verband uns etwas mehr Fürsorge angedeihen läßt, und daß er den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. Wir können das mit gutem Recht verlangen. Darum wünschen wir die Konferenz.

Sektion der Maschinenarbeiter Stuttgart.
J. A.: Mr. Mittel.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können aus durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 3, bezogen werden:

Reichsversicherungsordnung. Praktischer Führer für alle Versicherten. Verfaßt von den Arbeitersekretären Güldenberg und Kleis zu Halle, Mössinger und Undeutsch zu Magdeburg. Verlag der Buchhandlung Volksstimme in Magdeburg. Preis 30 Pf. Die vorliegende 68 Seiten starke Broschüre ist nicht eine Erklärung der einzelnen Paragraphen der Reichsversicherungsordnung, sie will vielmehr ein Führer sein, der den Versicherten die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes erklärt und sie auf ihre Rechte und Pflichten aufmerksam macht. Dieser Aufgabe dürfte sie, soweit das auf dem knappen Raum möglich ist, gerecht werden.

Zentral-Kranken- und Sterbehilfe der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 8 in Hamburg).

Ginnahmen im Juni.

Überschuss sandten eine: Nürnberg 2000.—, Fürth, Lichtenberg, Offenbach 1 je 800.—, Karlsruhe, Schönberg je 500.—, Berlin 7, Freiburg i. W., Neu-Jenning 400.—, Breslau, Mühlheim (Ruhr) je 850.—, Barmen, Coblenz, Düsseldorf, Emden, Neubrandenburg, Gonsenheim, Mühlburg je 800.—, Bruchsal, Hamburg II, Osterwied, Weissenfels je 250.—, Biberach, Bielefeld, Erlangen, Göttingen, Gutach, Frankenhausen, Gerolsberg, Gießen, Halberstadt, Hamburg IV, Heddesheim, Heidelberg, Kaiserslautern, Kirchheim, Kiel, Pforzheim, Kanderbader, Rothenburg, Schwaigingen, Waldau, Weimar, Westhofen je 200.—, Spandau 185.—, Alsbach 180.—, Bonn, Bubenheim, Bürkig, Dresden-N., Felsbach, Gotha, Leipzig I, Löbau, Lorsch, Wittenberg, Oppau, Minheim, Schmiedeberg, Sindlingen, Urberach, Wehringhausen, Ziegelhausen je 150.—, Altenhausen 140.—, Bromberg 180.—, Hainhausen 120.—, Aschaffenburg, Bad Nauheim, Baumschulenweg, Berlin-G., Cotta, Dessau, Eder, Emmerich, Gröningen, Hasselbach, Herdecke, Kürth, Hohenhoven, Kaiserlautern, Kempen, Lüneburg, Mülheim a. M., Mainz, Neulübbecke, Nieder-Breisgau, Nettingen, Plauen b. Dr., Schonefeld, Schwäbisch Hall, Schwerte, Viersen, Waldstetten, Münchingen je 100.—, Guben 90.—, Walmirstedt 60.—, Dörnberg, Freiburg i. Br. je 50.— Mt.

Summe der Überschüsse : 20 755.— Mt.

Weiträge von Einzelmitgliedern : 2 651,30 ".

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern : 8,80 "

Hilfen von Kapitalien : 7 844,50 "

Sonstige Einnahmen : 2 209,41 "

Gesamteinnahme: 88 556,51 Mt.

Ausgaben im Juni.

Zuschuß erhielten: München I 1200.—, Berlin B 800.—, Schlesienweide, Würzburg 1 je 800.—, Berlin C, Halle, Lindenau, Würzburg II je 400.—, Elmshorn 850.—, Bremen, Köln II, Dietrichstein, Essen, München III, Reubin, Worms je 300.—, Deuben 250.—, Ehrenfeld, Hanau, Höxter, Huchting, Ladenburg, Münster, Novawes, Pantow, Ravensburg, Schwoelingen, Stegeln, Stettin, Voltmarsdorf, Wilmersdorf je 200.—, Konstanz 170.—, Wiedendorf, Bruck, Frankfurt III, Heilbronn, Hennef, Neuschoenfels, Nordhausen, Pöll, Reichensbach, Sülf, Vilbel je 150.—, Deynhäufen 125.—, Altena, Altenstadt, Bernau, Böhlitz-Ehrenberg, Burgstädt, Coburg, Dössenheim, Edingen, Eschbach, Gr.-Lüder, Altenau, Alverschönen, Anreihingen, Ludenau, Löbau, Neuhufen, Neuhausen, Neumühl, Osterweddingen, Pirna, Plauen b. Dr., Potsdam, Steinendorf, Stothenditzenbühl, Stumpenheim, Sangerhausen, Strasburg, Taucha, Wandsbek, Weißeling, Wiedruff, Witten, Beurenroda, Birndorf je 100.—, Schleizheim 90.—, Cottbus, Herford, Seehausen je 80.—, Böblingen, Südenburg je 75.—, Bensheim, Johannisberg, Lohr am Main je 60.—, Brieg, Döllbrück, Eisenach,

Hildesheim, Krefeld, Lettin, Mühlhausen, Schmiedefeld, Streichen, Waldheim je 50.—, Basewall 40.— Mt.

Summe der Zuschüsse : 16 847.— Mt.

Krankengeld an Einzelmitglieder : 2 743,20 "

Sterbegeld : 270,— "

Sonstige Ausgaben : 3 508,52 "

Gesamtausgabe: 23 864,72 Mt.

Gesamteinnahme: 88 556,51 Mt.

Gesamtausgabe: 23 864,72 "

Zunahme des Vermögens 10 101,70 Mt.

Invalidenfonds für denselben gingen ein im Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1911: Berlin A 100.—, Berlin C 100.—, Berlin D 200.—, Berlin E 100.—, Berlin F 150.—, Berlin G 80.—, Berlin H 180.—, Bonn 7,85, Breslau 71,75, Baumschulenweg 20,80, Charlottenburg 23,59, Köln I 18,87, Köln II 45,10, Deuben 2.—, Dresden u. Umge. (Matinee) 98.—, Dresden-M. 9.—, Drais 8.—, Düsseldorf 80.—, Döllbrück 8,50, Ebersfeld 100.—, Ehingen 17,55, Edentoben 2.—, Emmendingen 20.—, Erfurt 11,65, Fünthen 5,40, Fürth 20.—, Gotha 20.—, Gera 2.—, Gießen 11,50, Gr. Dobitz 12,20, Görlitz 10.—, Germersheim 1,80, Ilverschönen 8,50, Kall 79.—, Altenhausen 8.—, Löbau 8,37, Löbau 10.—, Lorsch 20.—, Mariendorf 20.—, Münden 45.—, Müllingen 21,50 (dabei 20 Mt. zurückgezahlte Unterstützung), Mühlheim a. Rh. 20.—, Mannheim 10.—, M. Gladbach 4,85, München II 40.—, Neustadt a. d. O. 5.—, Neustadt b. L. 2,10, Neudörfel 25.—, Nürnberg 80.—, Nied 22,25, Nienburg 20,19, Schöneberg 40.—, Striegau 88,85, Schwenningen 9.—, Worms 2.—, Weikenfels 50.—, Würzburg I 18.—, Gebauer-Gitterwerda 0,50, Haupt-Erzgeb. 0,50, Stug-Lübeck 0,40, Kloster-Güdenfrei 0,20, Binsen der Sparkasse 209,88 Mt. Kassenbestand am 1. Januar 1911: 6026,88 Mt. Summa 7256,78 Mt.

Unterstützung wurde ausgezahlt im gleichen Zeitraum: In einem Falle 15 Mt. in 7 Fällen je 20 Mt. in 4 Fällen je 25 Mt. in 8 Fällen je 30 Mt. in einem Falle 85 Mt.

Portofosten 2,20 Mt. Gesamtausgabe 282,20 Mt. Kassenbestand am 1. Juli 1911 demnach 6874,58 Mt.

Allen Gebern besten Dank. Um weitere milde Gaben bitten
A. Sud. Hauptkassier.

Allgemeine Kranken- und Sterbehilfe der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. S. 8, Hamburg).

Im Juni sandten Überschüsse ein: Berlin A 400 Mt., Berlin D 400 Mt., Berlin C 800 Mt., Bürgel 250 Mt., Crottsdorf 150 Mt., Magdeburg 100 Mt., Hamburg II 100 Mt., Celle 100 Mt., Hannover 100 Mt., Siegnitz 80 Mt., Summa 1960 Mt.

Zuschuß erhielten: Essen 100 Mt., Hamburg I 100 Mt., Werden 60 Mt., Summa 260 Mt.

J. A. Mahmann, Hauptkassier, Hamburg 81, Schmiedest. 87, pt.

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1911.

Gau	Arbeitslosenjahr	Arbeitslose	Gesamt	Arbeitslose Mitglieder am Orte			Arbeitslosenjahr	Unterstützung haben erhalten							
				vom vorherigen Monat	aus diesem Monat	am letzten Tage d. Monats		Mtg.	Tage	Mr.					
Danzig	84	8514	45	27	72	20	8	84	288	850	85	57	89	85	5
Stettin	42	8514	25	94	119	28	8	41	802	495	73	194	284	286	1
Breslau	48	7487	76	185	211	70	8	81	818	1448	04	179	295	280	2
Berlin	88	85470	2242	8868	6105	2202	16	1860	22254	89795	19	521	842	898	8
Dresden	55	14518	98	408	400	149	11	150	1298	2418	92	870	540	470	70
Leipzig	61	17189	149	688	887	191	21	249	1908	8849	07	529	809	781	26
Erfurt	70	6405	88	81	114	56	8	60	888	1508	58	872	498	401	84
Magdeburg	87	6581	88	129	167	24	21	70	575	809	20	507	756	710	87
Hamburg	85	18080	186	569	798	268	31	227	2251	4418	41	790	1286	1211	08
Hannover	42	9567	90	486	526	142	18	179	1187	1849	98	501	991	917	16
Düsseldorf	57	9682	44	187											

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Samstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr. Sitzungsversammlung der Modelle und Möbelmöbelner im Gewerbeschuhhaus, Kleiner Bau 1.

Anzeigen.

Nürnberg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Verbandsbüro, Pfaffenstraße 24. Alle jüngstens Galonen sind gehalten, sie nur durch den Nachweis verhältnis zu lassen. Umzuhauen ist unbedingt zu untersagen.

Gesucht. Sachsen. Die Messeunterstellung wird im "Goldsäum" ausgestellt, mit von 8 Uhr ab. Weitere Kollegen, die auch 8 Uhr im Total erscheinen, haben dafür eine Erholung zu leisten, unterrichtet werden, so kommt auf Betracht des Gewerbeschuhhauses die Goldsäume in Aktion. Die Arbeitstage, Kranken und sonstigen Unterställungen zählt Kassierer Max Lange im "Goldsäum". An Wochentagen abends 7 bis 8 Uhr, an Sonntagen vorwiegend 10 bis 12 Uhr. Auskunft erteilen den Vorständen sowie dem Kassierer. — Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonnabend im Monat statt bei Herren Schubert in Altenhof.

Habenau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18. Eingang Mittelstraße 1, Etage. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr. Umzuhauen ist verboten.

Reichenbach, Vogtl. Der Arbeitsnachweis für Reichenbach und Umgebung befindet sich im Gasthof zur "Neuen Welt" und ist geöffnet von 7 bis 8 Uhr abends. Umzuhauen ist strengstens verboten.

Singen, Kreis Konstanz. Bewilligungshilfe Karl Wagner, Hauptstr. 48. I. Kassierer Arnold Schmid, Elberfeld, 28, darf keine Messeunterstellung und Arbeitsnachweis. Umzuhauen streng verboten.

Taucha. Werkstätte steht im "Goldenen Löwen" am Markt. Dasselbe Goldsäume und Rückstall. Umzuhauen streng verboten. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. im Monat statt.

Wangen, Württ. Diese Messeunterstellung zahlt der Betrieb im Garhaus zur Stute. Dasselbe auch Arbeitsvermittlung. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Einer, Hermannstr. 22, vorne part. Umzuhauen ist strengstens verboten. Die Schieunterstellung wird im Gewerbeschuhhaus, Weidelsstraße 41, ausbezahlt. Am Sonnabend abends 7-8 Uhr, am Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Zwickau. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch den Kollegen G. Ebert, Voithringstr. 98, abends von 6 bis 7 Uhr. Die Kollegen der umliegenden Orte sowie jüngstens sind gehalten, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen und das Umzuhauen zu lassen.

Emil Blewetz, Möbelmöbelner, sende Deine Karte an Paul Wettig, Hochstädt, Weißstraße.

Eine gutgehende Möbeltischlerei mit acht Hobelbänken und Maschinen ist zu verkaufen. **G. Biedendorf**, Braunschweig, Thomästr. 8.

Suche tüchtige Modellschreiner. **V. Syrigel**, Münsterberg, Altersbergerstr. 141.

Tüchtige Tischlergesellen sucht bei hohem Lohn. **Albert Krause**, Mechan. Tischlerei Bärwalde in Pommern.

Tüchtige, zuverlässiger Orgelbaumeister gesucht. Angabe, in welchen Teilen bewandert, und Lohnangabe. Verheirateter bevorzugt. Stellung dauernd. **G. Erdmann**, Orgelbauanstalt Neuhausenleben, Ned. Magdeburg.

Stuhlmachergesellen. Ein tüchtiger Stuhlmachergeselle, der nur auf Wienerstühle gearbeitet hat, wird gefüllt. **G. C. Jürgens**, Stuhlfabrik, Manders, Dänemark.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir eine Anzahl erschrecke, selbständige.

Schreiner, **Fertigmacher** und **Poliere**.

(Für ältere Leute.) Nur solche Arbeiter, welche auf nur allerfeinste polierte Arbeiten eingekauft und auf dauernde, gut bezahlte Stellung restellerten, wollen sich unter Angabe ihrer seitherigen Tätigkeit, ihrer Wohnanträgen, Alter und Stand melden. Bei verheirateten Leuten erfolgt später Vergrößerung der Reihe und Umzugsspesen. **Gebr. Weber**, Möbelfabrik, Stuttgart.

Tüchtiger Glaser oder Bautischler sofort gefüllt. **Bernh. Gruber**, Glasmaster Eisenberg E.A.

Suche sofort einen tüchtigen, erschrecken Bau- und Möbeltischler, welcher selbständig arbeiten kann. **Erich Bothe**, Baruth (Mark).

Tüchtige Möbelschreiner finden sofort gute bezahlte und dauernde Beschäftigung bei **E. Opple & Ege**, Hofmöbelfabrik Kirchheim-Tief bei Stuttgart.

2 Tischlergesellen auf Bau verlangt sofort. **Fr. Jastrow**, Tischlermeister Münz, Pommern.

Rückterner Maschinenarbeiter, der auch im Lagervertrieb und Reparaturen durchaus erfahren, im Schärfen, speziell im Kreissägezähnen und Nichten, sicher ist, sucht Stellung. Beste Angebote unter **G. R. 260** an die Expedition dieses Blattes erbeten. Zeugnisse vorhanden.

Fräser (Maschinenarbeiter) in dauernde Stellung gefüllt. **A. W. Henn & Cie**, Schulmöbelfabrik Münz, Pommern.

2 tüchtige Spazier- u. Schrankpolierer bei hohen Arbeitspreisen sofort gesucht. Event. Anfangslohn Mf. 21,- pro Woche.

Mindorf vom Bau, Grimma, Sachsen. Tüchtiger Dreharbeiter auf bessere Dreharbeiten sofort gesucht. **O. Hildebrand & Co**, Dobbeln i. Sa.

Drechsler. Wermutter, Galalith, findet nur dauernde, lohnende Verdienste. **Wilmich, Strassberg** b. Berlin.

Eine tüchtige Arbeiter auf bessere Celluloid-Waren, Galanterie- u. Toilette-Artikel, werden gesucht. **Oskar Schmitz**, Celluloidwarenfabrik Porzhelm.

2 Korbmacher auf Weddigstühle gesucht. **G. Glüther**, Dresden 10.

Ein tüchtiger, flüssiger.

Korbmachergeselle für alle vornehmenden Arbeiten (hauptsächlich Geschlagenes und Reparatur) auf dauernde Beschäftigung gesucht.

Richard Braun, Korbmachermeister Schwerin i. Meck.

1 Korbmachergeselle, stotter. Ballonarbeiter, findet sofort lohnende und dauernde Beschäftigung bei.

H. Heist, Korbmachermeister Waltersdorf, Kr. Sprottau.

Suche zwei Gesellen auf Wasch-, Messe- und Geschäftshörde für sofort oder in 14 Tagen Arbeit dauernd.

Wilh. Döring, Korbmachermeister Weitn a. Saale, Lange Reihe 222.

1 Korbmachergeselle auf Geschlagenes und 1 Gestellarbeiter für sofort gesucht. **Alno Wohrmolek**, Oschatz.

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Rohrarbeit, 1 bis 2 auf Gestellarbeit, 2 bis 3 auf Geschlagenes stellt ein.

W. Franke, Nürnberg, Neuhäuser Salzgässchenstr. 10.

1 junger Korbmachergeselle auf Wattarbeit gesucht, dauernde Beschäftigung. **Johann Britz**, Arnstadt b. Coburg a. Kr.

Korbmacher auf Wattarbeit gesucht. **G. Port**, Altenritte bei Hassel.

Tüchtigen Korbmacher auf Geschlagenen und Gestell sucht bald.

A. verw. Siebert, Bittau.

Tüchtige Bürstenmacher auf Polen und Glitzeln finden dauernde Beschäftigung. **E. Koopmann**, Quakenbrück.

Mantinenmacher, Nagler, der auch nachhören kann, sof. f. dauernde Arbeit gesucht. **H. Ahrens**, Brome, Hannover.

Für sofort ein tüchtiger Grundierer und ein tüchtiger Verzucker gesucht. **Mecklenburgische Goldfestsensfabrik** Parchim, Meck.

3 Hobelhäufle

neu, nur einige Tage gebraucht, sehr kräftige Ausführung, gegen Stasse oder Nachnahme wie folgt zu verkaufen:

1 Hobelbahn, Stahlspindeln, 230 Ig., 48 Mf.

1 " Holzwindeln, 230 " 48 "

1 " Stahlspindeln mit Eisenführ., 175 " 41 "

Gebr. Giese, G. m. b. H., Biegnitz.

Für Stellmacher! Der Kantenmacher (sehr wertvoll) und Konstruktion der Windshutthauben (neu), beides von F. Feldwabel, Wien. Zu beziehen durch den Vertreter, Kollege Joh. Maier, Unterpichheim, Urbansstr. 44.



Reform-Putzhobel "Matador"

gesetzlich gesetzlich, überzeugt unstrittbar alle bisher existierenden Putzhobeln. Verlangen Sie unseres reichhaltigen Katalogs über Werkzeuge gratis und franko.

Gebr. Genuit, Cassel 12.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg 14 • Ertklassige Lehrzeitung

• Dr. Carl Meissner

Soeben ist erschienen das Jubiläum des Fachblatt für Holzarbeiter

Was denn wiederum recht reichhaltigen Inhalt haben wir hervor!

Die Möbel in der Ausstellung bemalter Wohnräume in Hamburg. Von Hugo Plümp. (Mit vier Abbildungen.)

Prinzip und Wirklichkeit. Von Rob. Beuer. (Mit sechs Abbildungen aus einer Werbeteilung.)

Die exotischen Nutz- und Edelholzer. Von Th. Wolff-Gleider. (Vorstellung.)

Werkzeuge. Von O. Winkelmüller. (Mit vielen Abbildungen.)

Tischlerarbeiter für ein marktliches Landhaus. Von E. Giede. (Mit vielen Abbildungen.)

Deckenkonstruktionen. Von Architekt Ringer. (Mit Abbildungen.)

Neu eintretenden Abonnenten, welche das besondere Interessante Jubiläum mit der Abhandlung über die Fabrikantlage der deutschen Werkstätten für handwerkliche Kunst noch zu haben wünschen, können die Feste April-Mai für 1 Mark nachgezahlt werden. Einzelbeste kosten 50 Pf.

Bestellungen auf Abonnement sind an die Disconto-Verwaltung oder das Postamt zu richten, oder direkt nach Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Baufhule Raffede 1. Okt.

Meister-, Polier- und Werkmeisterkurse. Vollständige Ausbildung in 5 Monaten. Besondere Abteilung für Tischler.

■ Ausführliches Programm frei.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A.

Ausbild. 1. Werkfert., Technik, u. Holzschn. (Gesamtprakt. Direkt. Max Gemperlein, Ausbildungsp. 8 Semester und gewogene Ausbildung. Alter der Schüler 18 bis 44 Jahre.)

Programm frei.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht. — Berlin W 50, Kulmbacherstr. 4. Leiter: Regierung-Bauleiter a.D. Dipl.-Ing. Carl Barkow.

— Gediegene theoretische Ausbildung für Bau- und Möbel-Tischler; Tischlermeister, Werkmeister, u. Workführer von Tischlerelenken, Möbelzeichner usw., sowie **Ueberleitung auf die gesetzliche Meisterprüfung** durch schriftlichen Unterricht nach erfolg-reicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. — Glänzende Erfolge und Anerkennungen. — Honorar mind. Aufnahme zu jeder Zell.

Ausführlich. Programm gratis.

Kunstgewerbliche Tischlerschule

Blankenburg, R. 2

Programm frei. Direktor Reiskeing.

Tischler-Fachschule Detmold

Direktor Kotscher. Älteste u. bestrenomnierte Kunstgewerbliche Lehranstalt dieser Art.

Vollständig zeichnerische und kaufmännische Ausbildung in denkbar kürzester Zeit.

Neu angegliedert: Praktische und zeichnerische Ausbildungskurse für Modell-tischler.

Eintritt am 1. u. 15. jeden Monats.

Auskunft kostenlos.

Slomkes Städtebuch

Meißelführer durch Deutschland u. angren. Länder mit Eisenbahn- u. Postkarte, 850 Seiten, geb. Mf. 1,20. In all. Buchdr. zu haben ob. Preis. Einf. von Mf. 1,40 bei G. Slomke, Bielefeld.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertraffen und darum von so grosser Werbeckraft sind mein wasser- Peha-Matt, fahren hergestellten und

meine nach eigenem Ver- gleich gesetzten und meine hochmodernen Holzbeizen, durch

besondere Farbepracht auszeichnen (Eichenbeize, Albo-Musabeize, Ambranitbeize usw.). Mein neues Polierverfahren hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt!

Man erspart: Material, Zeit, Arbeit!

Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:

1 Fl. Peha-Matt

1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt

1 " Patentpolitur zum Reinpolieren

1 " aller. Politur-Glanzslack (blond)

1 " Schleif- und Polieröl (gelblich)

1 St. Kork-Schleifklotz (120×75×30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Vierschekolle zum Versuchspolieren zu 8 Mf.

Mein Lehrbuch

Über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werk-

stattssprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Schutz- und

Schmuckarbeiten. Die II. revidierte und illustrierte Auflage erscheint dem-

nächst. Glänzend beurteilt von Kapazitäten der Wissenschaft und Praxis!

Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten

Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! Abonnement 3 Mk. das Jahr.

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von Paul Horn.